



**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/7032**

Der Ministerpräsident | Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Chief Information Officer (CIO)

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: ./.
Ihre Nachricht vom: ./.
Mein Zeichen: StK CIO
Meine Nachricht vom: ./.

Sven Thomsen
sven.thomsen@stk.landsh.de
Telefon: 0431 988-3005
Telefax: 0431 988-611-3005

Nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Gesehen und weitergeleitet
Kiel, 14.12.2016

Dr. Philipp Nimmermann

über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

7. Dezember 2016

IT-Gesamtplan 2016/2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Landesregierung hat den beiliegenden IT-Gesamtplan 2016/2017 beschlossen. Mir wurde die Aufgabe übertragen, dem Finanzausschuss des Landes Schleswig-Holstein den aktuellen IT-Gesamtplan zeitnah vorzulegen. Diesem Auftrag komme ich hiermit nach und übersende Ihnen das Dokument mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der IT-Gesamtplan 2016/2017 ist ein strategischer Bericht. Er beschreibt neben der strategisch-konzeptionellen Ausrichtung der IT auch die organisatorischen, technischen sowie finanziellen Planungen der Ressorts. Der IT-Gesamtplan vermittelt somit einen Überblick über die wesentlichen IT-Maßnahmen der Landesverwaltung Schleswig-Holstein.

Sofern es zum IT-Gesamtplan 2016/2017 offene Fragestellungen gibt, stehe ich gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sven Thomsen

IT-Gesamtplan 2016/2017

Zentrales IT-Management

Impressum

Herausgeber:

Der Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein
Staatskanzlei
CIO / Zentrales IT-Management (ZIT SH)
Düsternbrooker Weg 92/104
24105 Kiel

Dienststelle

Niemannsweg 220
24106 Kiel

www.schleswig-holstein.de

Redaktion:

Leitung ZIT SH: Sven Thomsen [CIO]

Erstellt durch: Referat: Z1 - IT-Gesamtstrategie, IT-
Finanzen, IT-Controlling und IT-Gremien

Stand: 19.10.2016

[letztmalig aktualisiert am 02.12.2016]

Inhalt

Einleitung.....	5
I. IT-Strategie.....	5
1. IT in Schleswig-Holstein	5
2. Organisation	6
3. Personal	8
4. Strukturelle Entwicklung der IT.....	10
4.1. Grundlegende IT-Maßnahmen	11
4.2. Green IT	12
4.3. Barrierefreiheit.....	13
5. Kooperation	13
5.1. Dataport.....	13
5.2. Zusammenarbeit mit den Kommunen	14
6. Digitale Agenda	14
6.1 E-Government	14
6.2 Partizipation und Transparenz	16
7. Datenschutz- und Informationssicherheit.....	17
II. Finanzen	20
1. Allgemein.....	20
2. Einzelplan 14 (IT, E-Government und Organisation)	20
3. Kapitel 1402 (... das IT-Budget!).....	21
4. Kapitel 1614.....	22
4.1 Mittelfristige IT-Planung der Ressorts	23
4.2 Prognose ZIT SH: Entwicklung der IT-Budgets bis 2022.....	23

5. Bewirtschaftungsgrundsätze	24
III Finanzbedarfe der Ressorts	27
1. Finanzbedarf ZIT SH	27
2. Finanzbedarf StK.....	30
3. Finanzbedarf MIB	31
4. Finanzbedarf FM	33
5. Finanzbedarf MWAVT	35
6. Finanzbedarf MSB.....	36
7. Finanzbedarf MJKE	38
8. Finanzbedarf MSGWG	40
9. Finanzbedarf MELUR	42
IV Titel und Ansätze des IT-Budgets (Ausgaben)	44
1402 – 427 03.....	44
1402 – 511 43.....	44
1402 – 511 44.....	46
1402 – 525 37.....	47
1402 – 526 99.....	50
1402 – 527 06.....	50
1402 – 533 56.....	52
1402 – 534 13.....	59
1402 – 535 03.....	60
1402 – 536 02.....	60
1402 – 631 02.....	61
1402 – 632 06.....	62

1402 – 685 04.....	63
1402 – 711 31.....	63
1402 – 812 46.....	64
1402 – 919 02.....	67
1402 – 533 02 (MG 01)	67
1402 – 535 01 (MG 01)	68
1402 – 812 01 (MG 01)	68
1402 – 511 01 (MG 02)	68
1402 – 511 02 (MG 02)	69
1402 – 518 02 (MG 02)	69
1402 – 711 01 (MG 02)	70
1402 – 511 03 (MG 03)	70
1402 – 533 03 (MG 03)	70
1402 – 533 04 (MG 03)	71
1402 – 537 03 (MG 03)	71
1402 – 812 02 (MG 03)	72
V Anlage	73
10. Hardwarebestände der Ressorts.....	73

Einleitung

Der IT-Gesamtplan ist Bestandteil der Strategie- und Planungspapiere des Chief Information Officer (CIO) und des Zentralen IT-Managements (ZIT SH) im Land Schleswig-Holstein.

Der IT-Gesamtplan informiert die Landesregierung über die bestehenden und geplanten Informations- und Kommunikationstechnologien und über die Entwicklungen von Maßnahmen des E-Governments und ggf. der Verwaltungsmodernisierung.

Neben dem Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation) stehen seit 2016 für die Umsetzung der Digitalen Agenda des Landes Schleswig-Holstein im Einzelplan 16 (InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)) weitere Haushaltsmittel für die Netzerneuerung im Bereich der IT und für die Implementierung ausgewählter IT-Maßnahmen des E-Government zur Verfügung.

Die verarbeiteten Daten basieren im Wesentlichen auf den Informationen der IT-Planungen der Ressorts mit Stand Oktober 2016. Eingeflossen sind zudem die bekannten Eckwerte des Haushaltsentwurfes zum Stand Nachschiebeliste 2017.

I. IT-Strategie

1. IT in Schleswig-Holstein

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind zu einer unabdingbaren Ressource der Aufgabenerledigung von Regierung und Verwaltung geworden. Inzwischen existiert eine flächendeckende Vernetzung der IT innerhalb der Landesverwaltung ebenso wie über Verwaltungsgrenzen in Schleswig-Holstein (SH) und in Deutschland hinweg.

Die Aufgabenabwicklung mit moderner IT hat Auswirkungen auf die Aufbau- und Ablaufstrukturen der Verwaltungen und damit auf die Bereiche Personal, Organisation und Finanzen. IT ist daher in einem übergreifenden Kontext zu betrachten. Die Möglichkeiten, die moderne IT als Instrument zur Aufgabenerledigung bietet, sind vielfältig. Jedes relevante Projekt (wie z. B. eJustiz), das sich mit Information, Kommunikation und Arbeitsabläufen und/oder deren Optimierung beschäftigt, ist gleichzeitig ein IT- und ein Organisationsprojekt. Daraus ergibt sich unmittelbar, dass die IT nicht nur Hilfsmittel, sondern ein strategisches Instrument bei der Planung und Umsetzung von politischen und fachlichen Zielen ist.

IT wird in SH zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt - ausgerichtet an den rechtlichen, fachlichen, technischen und wirtschaftlichen Vorgaben. In der Fortschreibung der IT-Gesamtplanung von 2015 auf 2016/2017 und der mittelfristigen Sicht wird deutlich, dass der Bedarf an IT fortlaufend steigt.

Angesichts des steigenden IT-Bedarfs hat das Land ein Interesse daran, auch bei dem bestehenden Personalabbaupfad eigenes IT-Know-how zur Leitung von IT-Projekten, zur Steuerung von Dataport und zur allgemeinen IT-Koordination langfristig zu erhalten und optimal einzusetzen. Die Auswirkungen des demographischen Wandels in Hinblick auf IT-Fachkräfte verstärken diesen Druck.

Diesen Gegebenheiten gerecht zu werden, erfordert die konsequente Fortführung der durch den CIO angestoßenen strategischen Maßnahmen in 2016 und darüber hinaus.

2. Organisation

Die Organisation der IT wird über die einzelnen Ministerien hinaus in Gesamtverantwortung durch den CIO mit dem Ziel wahrgenommen, den Einsatz von IT in Schleswig-Holstein wirtschaftlich und kostenreduzierend zu ermöglichen, um damit u.a. auch einen Beitrag zum Personaleinsparkonzept und zum Sanierungsprogramm (Berichte an den Stabilitätsrat) zu erreichen. Dabei werden Instrumente zur Steuerung, zum Controlling und zur Finanzierung eingesetzt. Damit wird IT nur zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt – orientiert am rechtlichen, fachlichen und technischen Bedarf. So ist heute jedes Großprojekt auch immer ein IT-Projekt.

Daraus ergeben sich als strategische Schwerpunkte des CIO die Fortentwicklung der IT-Organisation, die Stärkung der IT-Steuerung, sowie die Neustrukturierung von Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung.

Grundlage ist der Erlass zur „Organisation des ressortübergreifenden Einsatzes von IT und die Zusammenarbeit des Zentralen und Dezentralen IT-Managements in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (Organisation IT-SH)“.

Bereits 2014 wurden die Regelungen über Zuständigkeiten für IT-Aufgaben neu gefasst. Den Ressorts wird dadurch erleichtert, strategische Aufgaben zum ZIT SH und operative Aufgaben an Dataport zu verlagern. Auf dieser Grundlage wurden beispielsweise zum 1. Januar 2016 die strategischen und koordinierenden Aufgaben des dezentralen IT-Managements des MIB samt Personal und Stellen in das ZIT SH und somit in den Geschäftsbereich der Staatskanzlei übertragen.

Als Grundlage für die IT-Organisation und für ein gemeinsames Vorgehens- und Rollenverständnis zwischen den Stellen der IT-Leistungserbringung (ZIT SH und DIT) sowie Dataport wird die CIO Rahmenvorgabe Standard Rollen ITSH erarbeitet. Sie wird um die Standard-Prozesskarte ITSH ergänzt. Die Standard-Prozesskarte ITSH soll die Arbeitsabläufe standardisieren und soll diese vor allem im Hinblick auf das Finanzmanagement genauer darstellen.

Das ZIT SH erarbeitet gemeinsam mit den DIT und mit Dataport ein einheitliches IT-Prozessmodell im Bereich der unmittelbaren Landesverwaltung, d.h. die Standardisierung der heute heterogenen Betriebsprozesse in Anlehnung an ITIL. IT umfasst dabei sowohl die Standard-IT SH als auch Fachinfrastrukturen sowie Fachanwendungen. Die Schaffung eines einheitlichen IT-Prozessmodells ist Voraussetzung für die Beschaffung und Nutzung eines landesweit einheitlichen IT-Service-Management-Tools. Das Ergebnis müssen demzufolge einheitlich gestaltete ITIL-Prozesse sein, welche die An-

forderungen des ZIT SH und der Ressorts abdecken, durchgängige, medienbruchfreie kooperative Prozesse mit Dienstleistern gewährleisten und die geplanten organisatorischen Veränderungen berücksichtigen, bzw. ermöglichen.

Parallel und im Hinblick bereits auf eine nachhaltige Entlastung der dezentralen IT-Stellen von operativen IT-Aufgaben wird unter der Federführung des ZIT SH zurzeit das modular ausgelegte Servicekonzept „Full Managed Desktop für den Standardarbeitsplatz +1.büro“ entwickelt. Ziel ist die sukzessive Verlagerung operativer Tätigkeiten auf Dataport auf der Basis definierter Leistungsbeschreibungen und Leistungsabgrenzungen sowie überprüfbarer Service-Level.

Folgende wichtige Organisationsmaßnahmen sind in den Bereichen der Landespolizei, der Steuerverwaltung, dem MJKE und im MELUR bereits in der Umsetzung bzw. geplant:

- Das Projekt SteuerPC wurde im April 2016 abgeschlossen. Im Geschäftsbereich des Finanzministeriums wurde ein wesentlicher Teil des operativen Dienstgeschäfts vom Amt für Informationstechnik (AIT) zu Dataport verlagert.
- Mit dem Organisationsprogramm „Polizeiliche IT-Aufgaben“ (PITA), welches im ZIT SH angesiedelt ist, sollen in 6 Teilprojekten sämtliche operativen IT-Aufgaben hinsichtlich ihrer Verlagerbarkeit auf Dataport geprüft und nach Möglichkeit bis 2020 übertragen werden. Dazu gehören u.a. die Verlagerung der Aufgabenbereiche Netze und Kommunikationstechniken, Arbeitsplatzbetreuung und Fachverfahren sowie die Wahrnehmung weiterer Serviceaufgaben. Im Rahmen der Aufgabenübertragung werden begleitend Konsolidierungs- und Standardisierungsmöglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt.
- Im Bereich des MJKE wird durch die fortschreitende Entwicklung in der IT und der zunehmenden Digitalisierung der Justiz (z.B. durch den Aufbau des elektronischen Rechtsverkehrs) die Neuausrichtung der dortigen IT-Organisation notwendig. Dabei sollen aktuelle und künftige Anforderungen an die bestehenden Systeme unter der Nutzung von Standard-Infrastrukturen und den Vorgaben durch das IT-Gesetz für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein ebenso berücksichtigt werden wie die Vorgaben durch das IT-Gesetz für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein. Die Schwerpunkte werden aktuell in einer mit dem CIO abgestimmten IT-Strategie festgelegt.
- Das MELUR verlagert im Rahmen des Organisationsprogrammes „Zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport“ (ZeBIS) bereits seit 2015 sukzessive die Verfahrensbetreuung der Fachverfahren in das Rechenzentrum von Dataport.

Weiterhin ist vorgesehen, detaillierte Regelungen für Projekte und einheitliche Vorgehensweisen für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sowie für IT-gestützte Prozesse zu erarbeiten und entsprechende Kompetenzzentren auf- und auszubauen. Die Ausstattungsempfehlungen für Arbeitsplätze der Landesverwaltung sollen unter besonderer unter Berücksichtigung von mobilen Arbeitsformen konkretisiert werden.

Zu Verbesserung des IT-Projektmanagements wurden innerhalb des ZIT SH 35 Projektleiter zertifiziert und die Leitung ressortspezifischer IT-Projekte wie z. B: PITA übernommen. Geplant ist der Aufbau eines Pools für IT-Projektleiterinnen und IT-Projektleiter sowie eines Prozesses zur Beratung und Bewertung von IT-Projekten.

Die Kompetenzstelle für einen einheitlichen Standard von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen konnte 2016 besetzt werden und ihre Arbeit zur Implementierung eines landesweiten einheitlichen WiBe-Verfahrens aufnehmen.

Mit den aktuellen und fortlaufenden Entwicklungen im Bereich der IT-Organisation sollen insbesondere Personalengpässe ausgeglichen und Ressourcen frei gesetzt werden, die zur Deckung der Finanzbedarfe im Einzelplan 14 herangezogen werden können.

3. Personal

Die Personalausgaben für IT-Personal werden in den Ressorthaushalten ausgewiesen. Die bestehenden Personalmanagementsysteme lassen eine Auswertung, welcher Teil der Personalkosten auf bestimmte IT-Aufgaben entfällt, nicht zu. Um diesen Kostenblock dennoch der IT-Maßnahmenplanung zuordnen zu können, wird der IT-Personalbestand seit 2007 entsprechend dem Konzept über die „Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ erhoben und jährlich fortgeschrieben.

Die Erhebung der Personalleistungen erfolgt in Personaltagen (PT) und wird in Vollzeitäquivalente (VZÄ) ausgewiesen. Dieser statistische Wert dient als Vergleichs- und Referenzgröße, um Änderungen im Personalbestand des Landes für die IT messen und bewerten zu können.

Die Erhebungsergebnisse werden im Rahmen der jährlichen Gesamtplanung durch eine stichtagbezogene Ist-Aufnahme ermittelt. Die Daten variieren durch Ressortwechsel und sich verändernde Zuständigkeiten im Rahmen von übergreifenden Projektstrukturen. Sie können daher nur als Richtwert verstanden werden.

Leistungen für die IT werden zudem von Personal bei Dataport erbracht. Darüber hinaus werden fachspezifische Personalleistungen über Dataport am freien Markt beschafft und durch Dritte ausgeführt. Diese Personalleistungen werden über Dienstverträge gesteuert. In Folge dessen gibt eine Personalerhebung auf Landesebene nur bedingt Einblick über den Einsatz von Personalleistungen für die IT.

Personalentwicklung Land SH

Personal Gesamt	ZIT	StK	MIB	FM	MWAVT	MSB	MJKE	MSGWG	MELUR	Summe (VZÄ)
31.12.2007	18,3	9,0	158,2	220,3	5,1	13,1	127,1	25,3	19,4	595,8
31.12.2009	15,3	6,0	117,9	158,3	4,0	20,0	130,7	27,1	25,0	504,3
31.12.2011	19,7	6,5	117,9	180,3	4,0	19,4	140,3	24,1	20,2	532,4
31.12.2012	24,0	6,0	117,9	183,3	6,3	16,7	147,3	20,6	24,8	546,9

31.12.2013	24,0	6,0	118,0	180,8	6,3	17,3	140,2	17,9	24,0	534,5
31.12.2014	23,0	6,0	118,0	180,9	6,3	17,3	140,2	16,6	24,0	532,3
31.12.2015	30,0	*	**	***	6,2	16,5	153,6	16,8	25,5	537,1
		22,1	118,0	149,65						

*DIT StK zuzüglich DLZP

** aufgrund lfd. Outsourcing-Maßnahmen durchgeschriebener; Aktualisierung erfolgt zum 31.12.2016

*** DIT FM abzüglich DLZP und Abbau AIT (Aufgabenverlagerung Dataport)

Zwar ist in den letzten 3 Jahren in der Summe kein signifikanter Abbau von landeseigenen Personalkapazitäten im Bereich der IT messbar. Der durchschnittliche Personalbestand beläuft sich auf 534,6 VZÄ. Erst im Vergleich der letzten 7 Jahre [1. Erhebung 2007] ergibt sich ein Personalabbau von 58,7 VZÄ. Bei differenzierter Betrachtung zeigt sich aber, dass die Verlagerung strategischer und operativer IT-Aufgaben ein adäquates Mittel ist, um einem sonst entstehenden Personalmehrbedarf entgegenzuwirken. So konnte allein das FM durch Aufgabenübertragungen im Rahmen der Übernahme des EOSS-Verfahrens und durch Teilhabe am KONSENS-Verbund sowie und durch das Projekt „VI SPC“ sein IT-Personal um 70,65 VZÄ reduzieren und damit den Zuwachs an anderer Stelle kompensieren. Es ist daher zu erwarten, dass aufgrund verschiedener Outsourcing-Maßnahmen in den Ressorts ab 2016/2017 ein weiterer Abbau von IT-Personal in der Landesverwaltung erkennbar wird.

Die Ursachen für den Abbau des landeseigenen IT-Personals sind unterschiedlich begründet. Zum einen wurden Stellen im Rahmen des Stellenabbaupfades der Landesregierung nicht neu besetzt. Zum anderen werden operative IT-Dienste zunehmend auf Dataport verlagert und so Synergien bei den vorhandenen Personalkapazitäten freigesetzt.

Im Gegenzug steigen zwar die Ausgaben für eingekaufte Dienstleistungen, die sich insbesondere als Leistungsentgelte an Dataport wiederfinden. Dieser Anstieg wird durch zunehmende Synergien begrenzt, die umso größer werden, je mehr gleichartige operative Dienste an den zentralen IT-Dienstleister Dataport übertragen werden. Es ist davon auszugehen, dass sich Einsparungen (bei den Personalkosten der Ressorts) und Mehrausgaben (im Einzelplan 14) in etwa die Waage halten.

Die weitere Bündelung von IT-Aufgaben kann dem sonst entstehenden Personalmehrbedarf entgegenwirken, ihn aber nicht vollständig kompensieren. Aufgrund des demografischen Faktors werden in den kommenden Jahren überproportional viele IT-Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Im Wettbewerb um qualifizierte IT-Fachkräfte wird es schwierig werden, frei werdende Stellen adäquat neu zu besetzen, geschweige denn einen ohne Aufgabenbündelungen entstehenden zusätzlichen Personalbedarf zu decken. Dataport hat es als bekannter Arbeitgeber im IT-Bereich leichter, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen und sorgt mit seinen verschiedenen Entwicklungs- und Beschaffungsmaßnahmen dafür, dass in Zeiten von Fachkräftemangel notwendiges IT-Personal zur Aufgabenabwicklung zur Verfügung steht.

Durch die im vorherigen Kapitel beschriebenen Organisationsmaßnahmen wird es zu weiteren Verschiebungen von Personalkapazitäten zwischen dem Land, dem zentralen

IT-Dienstleister und dem ZIT SH kommen. Die Bündelungen von Spezialwissen und die Zentralisierung von strategischen, koordinierenden Aufgaben in sogenannten Kompetenzzentren werden durch das ZIT SH seit 2015 verstärkt umgesetzt und in 2016/2017 fortgeführt. So wurden zum 01.01.2016 die Aufgaben und Personal aus dem ehemaligen DIT MIB an das ZIT SH übertragen. Weiter konnten Kompetenzstellen im Bereich Landesnetz, WiBe und SAP neu- bzw. nachbesetzt werden. Dadurch hat sich der Personalbestand im ZIT SH nach dem 31.12.2015 auf 41,0 VZÄ erhöht.

Angesichts des weiterhin steigenden IT-Bedarfs hat das Land ein Interesse daran, trotz der Vorgaben zur Umsetzung des Personalabbaupfads eigenes IT-Know-how langfristig zu erhalten und optimal einzusetzen. Hier ist insbesondere das IT-Know-how für Projektleitung und IT-Koordination sowie für die IT-Vorhabens- und Verfahrensverantwortungen gefragt. Das IT-Know-How soll zentral beim ZIT SH bereitgestellt werden und für alle Ressorts zur Verfügung stehen. Daher werden dem ZIT SH vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Landtag in 2017 weitere Stellen zur Leitung von IT-Projekten und zur Umsetzung neuer Aufgaben (Anmerkung: durch vermehrte Auftraggeberfunktion und die IuK-Mindeststandards 2016 der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder) zur Verfügung gestellt. Aufgaben mit vertieften technische Kenntnisse wie z. B. die Administration von Servern und Endgeräten werden im Gegenzug zunehmend in Richtung Dataport verlagert.

4. Strukturelle Entwicklung der IT

Die Entwicklung des IT-Haushalts wird dadurch geprägt, dass immer mehr strukturelle Aufgaben zu finanzieren sind. Die Durchdringung der Landesverwaltung mit IT steigt zunehmend. Die dafür angesetzten IT-Vorhaben und IT-Projekte werden nach Abschluss der Planungs- und Entwicklungsphase in den Regelbetrieb überführt, was einen starken Anstieg des IT-Betriebs im Rechenzentrum bei Dataport zur Folge hat.

Dieser kostentreibende Effekt ist z.B. in der Zusammenarbeit mit den Kommunen zu beobachten. Gemeinsame IT-Vorhaben zwischen Land und Kommunen (Neuentwicklungen) werden aus Mitteln des Kapitels 1403 (E-Government / IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt) gezahlt. Sobald die Betriebsreife dieser IT-Vorhaben erreicht ist, werden sie als IT-Verfahren (Betrieb und Pflege) in das IT-Budget (Kapitel 1402) übernommen, in die E-Government-Infrastruktur des Landes SH eingegliedert und landesseitig als Basisdienste verantwortet und fortgeführt sowie dauerhaft finanziert. Ein ähnlicher Effekt wird sich mit weiterem Fortschreiten des IMPULS-Programms im Rahmen der Digitalen Agenda (Kapitel 1614) einstellen.

Des Weiteren verfestigen die großen länderübergreifenden IT-Verbünde insbesondere der Steuerverwaltung, der Justiz, der Polizei und der Landwirtschafts- und Umweltverfahren das IT-Budget zunehmend strukturell. Hier ist von Jahr zu Jahr ein stetiger Anstieg der Anteile Schleswig-Holsteins an den jeweiligen Verbänden zu beobachten. (siehe Ausgabenentwicklung der Hauptgruppe 6 im Kapitel 1402 , hier Abschnitt IV; Titel 631 02 – 685 04).

Eine weitere strukturelle Position, die zu Kostensteigerungen im IT-Budget führt, ist die zunehmende Verlagerung operativer Aufgaben an Dataport. Dem Einzelplan 14 ent-

steht immer dann eine strukturelle Deckungslücke, wenn z. B. Personaleinsparungen in den Einzelplänen der Ressorts dem IT-Budget nicht direkt zur Refinanzierung der notwendigen Dienstleistungsverträge mit Dataport zufließen.

Insgesamt profitiert die IT nicht von entsprechenden Rückflüssen, sondern muss die Vertragsleistungen über das verfügbare IT-Budget auffangen und erwirtschaften. Letztendlich führt dieser Problembereich dazu, dass die Titel im Einzelplan 14 in der Regel nicht ausfinanziert sind und im Vollzug eines lfd. Haushaltsjahres Eingriffe in die Umsetzung von IT-Vorhaben aller Ressorts durch den CIO / das ZIT SH vorgenommen werden müssen.

IT-Planungen Land SH 2015 bis 2020 (Kap. 1402)

Hinweis: die Planungen ab 2018 sind noch ungenau, da die Ressorts die Kostenentwicklung erst in 2017 ff. einschätzen können und dann im ITWeb 2.0 pflegen.

Maßnahmenart	2015 (T€)	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)
Beschaffung	5.558,4	7.554,8	7.313,6	7.386,9	5.489,1	5.752,0
Grundversorgung	9.818,3	11.128,6	11.898,1	7.896,9	7.884,8	7.905,4
IT-Verfahren*	104.833,4	116.232,8	119.887,8	112.687,2	111.531,0	112.122,2
IT-Vorhaben	10.029,6	27.505,6	38.620,8	36.836,2	40.153,0	44.495,0
Summe	130.239,7	162.421,8	177.720,3	164.807,2	165.057,9	170.274,6

*strukturelle Kosten, da überwiegend vertraglich gebunden

4.1. Grundlegende IT-Maßnahmen

Bereits in 2014 wurde die Erweiterung des Landesnetzes begonnen. Dabei wird der Ausbau des redundanten Landesnetzes V+ unter Einbeziehung der Kommunen und die Integration des Digitalfunks (BOS) der Landespolizei Schleswig-Holstein sowie die Verlagerung von operativen Aufgaben an Dataport vorangetrieben. Die verlagerten operativen IT-Dienste wurden bei Dataport in die eingerichtete Kompetenzstelle „Dataport Büro Netze“ überführt, zudem wird eine Generalunternehmensgesellschaft für den Bereich Netze durch Dataport vorbereitet. Die angestoßenen und teilweise umgesetzten Maßnahmen werden in 2016 und 2017 fortgeführt.

Aufgrund auslaufender Verträge ist von Dataport Ende 2015 der Infrastrukturbereich „Zugangsnetz“ neu ausgeschrieben worden. Dabei wurden ergänzende Anforderungen der Initiative „Schulen ans Netz“ mit berücksichtigt und die Entwicklungen mit dem geplanten Breitbandausbau koordiniert und abgestimmt. Dazu kommen die Neukonzeption der lokalen Netze und der weitere Ausbau der IP-Telefonie zur Ablösung alter Telefonanlagen. Die Integration des Mobilfunks in die Telefonie, Möglichkeiten für Telefon- und Videokonferenzen und der Ausbau sicherer WLAN-Zugänge gehören mit in diese Kommunikationsstrategie. Entsprechende Konzepte wurden bereits erstellt und teilweise praktisch umgesetzt. Einen Schwerpunkt bilden dabei die notwendigen und umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an den lokalen Netzen vor allem in den Bereichen des Landwirtschaftsministeriums, der Justiz und der Landespolizei sowie beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten. Insbesondere passive (Datenkabel) und aktive (Router etc.) Netzwerkkomponenten müssen umfangreich in den nächsten 5 Jahren erneuert

werden. Die Kosten für die notwendigen Sanierungsbedarfe werden bis 2020 auf rd. 24,0 Mio. € geschätzt.

Unter der Federführung des ZIT SH wird gegenwärtig das modular ausgelegte Servicekonzept „Full Managed Desktop für den Standardarbeitsplatz +1.büro“ erarbeitet („+1.FMD“). Im Bereich des Standard Arbeitsplatzes wird damit die zurzeit dezentrale Verantwortung in den Behörden für „+1.büro“ sukzessive in Richtung hin zu einem zentralen Ansatz mit Support durch Dataport weiterentwickelt. Das erste Modul, das den Anschlussbetrieb und das Sicherheitspaket beinhaltet, befindet sich bereits im Rollout. Im zweiten Schritt wird gegenwärtig der Pilotbetrieb des Servicemoduls „User-Help-Desk“ für mehrere Behörden vorbereitet. Weitere Module, wie z.B. das „Softwaremanagement“, der „Standardsersatzbedarf“ oder der „Field-Service“ werden derzeit geplant und sollen jeweils nach erfolgreicher Pilotierung in den Produktivbetrieb gehen. Ziel ist es, die einzelnen Servicemodule an möglichst vielen Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung auszurollen und durch diese Verlagerung von operativen Aufgaben Richtung Dataport die dezentralen IT-Stellen nachhaltig zu entlasten. Bei der Einführung von „+1.FMD“ wird das ZIT SH die konzeptionellen Grundlagen und die vertraglichen Regelungen mit dem Dienstleister Dataport und der IT-Beauftragtenkonferenz abstimmen. Das ZIT SH wird Maßnahmen zur Risikovorsorge treffen, um eine übermäßige Belastung des Einzelplans 14 zu vermeiden und die notwendige Wirtschaftlichkeit und Rendite für die einzelnen Servicemodule sicherstellen.

Auch in 2016/2017 wird die landesweite Einführung der E-Akte gemäß Kabinettsvorlage vorangetrieben. Durch bereits aufgebaute Personalkapazitäten beschleunigt sich die flächendeckende Ausstattung in den nächsten Jahren. Die E-Akte ist u. a. Grundlage für eine mögliche Erhöhung der Verwaltungstransparenz und für den praktischen Ausbau von flexiblen Arbeitsformen.

Die zunehmende Ausstattung mit E-Akte ermöglicht zudem weitere Effekte in Fachbereichen. So wird VIS-Bundesrat die Arbeit der Koordinierungsstellen verändern und hat das Potenzial, diese von Routinetätigkeiten deutlich entlasten.

Mit dem Projekt zur Digitalisierung von Personalakten werden die Grundlagen gelegt, die Personalakten künftig vollständig elektronisch zu führen. Dies ist zudem eine unabdingbare Voraussetzung für die Einführung des kooperativen Personalmanagements.

4.2. Green IT

Mit dem Ausbau von Green IT werden weitere Schritte zu einer ressourcenschonenden IT-Struktur in der Landesverwaltung unternommen. Bei der Erstellung und der konkreten Umsetzung der Green IT-Strategie gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg unter Beteiligung von Dataport. Bereits eingeleitete Energieeinsparmaßnahmen im Bereich der IT wie beispielsweise das in Bau bzw. Inbetriebnahme befindliche hoch effiziente Rechenzentrum von Dataport, die Effizienzvorgaben bei der Beschaffung von Endgeräten und der Prozess des Umweltmanagements bei Dataport, sollen weiter entwickelt und in diesem Zusammenhang systematisch auf Optimierungsmöglichkeiten übergeprüft werden.

4.3. Barrierefreiheit

Die bestehenden Ausschreibungsverfahren werden zusätzlich auch dahingehend überarbeitet, dass die IT-Produkte bevorzugt werden, die von möglichst allen Menschen in jedem Alter mit unterschiedlichen Fähigkeiten weitgehend gleichberechtigt und ohne Assistenz bestimmungsgemäß benutzt werden können, um so zu einer möglichst umfassenden digitalen Barrierefreiheit zu kommen.

5. Kooperation

IT gewinnt immer mehr an Bedeutung. Sie wird neben den länderübergreifenden Entwicklerverbänden der Fachbereiche verstärkt auf eine interkommunale und in Norddeutschland mit den Dataport Trägerländern länderübergreifende Zusammenarbeit setzen, um so trotz immer komplexer werdender IT zu einer effizienten Aufgabenerledigung zu kommen. Der per Staatsvertrag gegründete gemeinsame IT-Dienstleister Dataport in Norddeutschland ist bereits Ausdruck dieser Kooperation.

5.1. Dataport

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Norddeutschland. Zu den Trägern von Dataport gehören die Länder Schleswig-Holstein (SH), die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), die Freie Hansestadt Bremen (FHB), Mecklenburg-Vorpommern (MV), Niedersachsen (NI) und Sachsen-Anhalt (ST) sowie der kommunale IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH). Die rechtsfähige Mehrländeranstalt des öffentlichen Rechts hat ihren Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und betreibt Niederlassungen in Hamburg, Rostock, Bremen, Lüneburg, Magdeburg und Halle.

Für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen bei Dataport besteht in Schleswig-Holstein Kontrahierungszwang gem. Landesbeschaffungsordnung Schleswig-Holstein.

2016 plant Dataport einen Umsatzerlös von mittlerweile ca. 484,7 Mio. € (2015: 466,2 Mio. €). Davon sind für Schleswig-Holstein Leistungen in Höhe von 102,7 Mio. € (2015: 86,6 Mio. €) geplant. Das entspricht 2016 einem Anstieg von 18,5 % (16,1 Mio. €). Die Umsatzsteigerungen sind hauptsächlich durch den Ausbau und die notwendigen Sanierungsarbeiten im Bereich der Netze und dem Digitalfunk begründet.

Die Entwicklung von Dataport ist wesentlich von den Entwicklungen und Strategien sowie der Kooperation seiner Träger abhängig. Aus diesem Grund werden die Trägerstrategien verstärkt zwischen den CIO und IT-Verantwortlichen zusammen mit Dataport und dem Verwaltungsrat abgestimmt.

Als trägerübergreifendes strategisches Gremium, welches sich mit IT-strategischer Fragestellung beschäftigt, hat sich die Arbeitsgemeinschaft „Kooperationstag“ (KopTag) der zentralen IT-Verantwortlichen der Länder (CIO) etabliert. Das immer stärker an Bedeutung gewinnende IT-Controlling wird in der Arbeitsgemeinschaft „Beteiligungssteuerung“ gemeinsam gesteuert. Beide Gremien unterstützen den Verwaltungs-

rat Dataport bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und können von ihm beauftragt werden und ihm Vorschläge unterbreiten.

Diese Art der Zusammenarbeit zwischen den Gremien wurde im letzten Jahr intensiv praktiziert. Die länderübergreifende Kooperation wurde weiter ausgebaut und die Arbeits- und Abstimmungsprozesse zwischen den unterschiedlichen Beteiligten optimiert.

Weitere Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit den übrigen Trägern sind die Implementierung detaillierter Controlling-Instrumente und Kontrollprozesse beim Projektmanagement. Zudem muss das Anforderungsmanagement ausgebaut werden, um die Bedürfnisse der Verwaltungen besser berücksichtigen zu können. Ein erster Schritt wurde bereits 2015 mit den Arbeitstreffen der AG Beteiligungssteuerung und Dataport zur Verbesserung der internen Servicestrukturen im Bereich des Vertragsmanagements und dem Finanzmanagement sowie dem Abbau struktureller Defizite erzielt. Die mit dem Verwaltungsrat abgestimmten Handlungsfelder sind in den nächsten Jahren sukzessiv umzusetzen und bei Dataport und den Trägern verpflichtend zu etablieren.

5.2. Zusammenarbeit mit den Kommunen

Die Kooperation zwischen Land und Kommunen wurde bis Ende 2015 durch die IT-Harmonisierung gefördert. Diese wurde in 2016 in die oben beschriebene kooperative Zusammenarbeit überführt. Im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit von Land und Kommunen werden zurzeit mehrere sowohl für Landes- wie auch Kommunalbehörden wichtige IT-Projekte durchgeführt, die infrastrukturell oder fachlich zu Prozessoptimierungen, zur vereinfachten Zusammenarbeit und letztendlich zu geringeren Kosten für die Aufgabenerledigung führen sollen. Basis hierfür ist ein regelmäßiger Abgleich der Interessenlagen des Landes Schleswig-Holstein mit den Kommunalen Landesverbänden über die Notwendigkeit und den Bedarf von bestimmten Maßnahmen soweit diese konzeptionell die IT-Strategie des Landes unterstützen.

6. Digitale Agenda

Das Land Schleswig-Holstein erarbeitet zurzeit unter Federführung der Staatskanzlei eine Digitale Agenda. Hierin wird das Land zusammen mit den Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung beschreiben, wie die großen Chancen des digitalen Wandels genutzt und offene gesellschaftliche Fragen zu Teilhabe, Sicherheit und Bürgerrechten beantwortet werden können. Wesentliche Elemente der Digitalen Agenda sind die technischen und organisatorischen Weiterentwicklungen der IT des Landes und der Kommunen zur Vereinfachung von Verwaltungsprozessen (E-Government) sowie Beteiligung und Transparenz (E-Partizipation).

6.1 E-Government

E-Government bezeichnet die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen der öffentlichen Verwaltung und Regierung und ist ein Kernbeitrag zur Verwaltungsmodernisierung. Gezielt werden die Maßnahmen zum E-Government vorangetrieben, die die digitale Verwaltung stärken und den elektronischen Zugang von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zur Verwaltung und deren Daten ermöglichen.

E-Justice bezeichnet den elektronischen Rechtsverkehr und wird mit gesetzlichen Maßnahmen auf prozessuellem Gebiet gefördert. Die Zugangshürden für die elektronische Kommunikation mit der Justiz werden bedeutend gesenkt und das Nutzervertrauen im Umgang mit dem neuen Kommunikationsweg gestärkt. Ab 2018 bis 2022 soll schrittweise der elektronische Rechtsverkehr unter Einbeziehung der elektronischen Aktenführung gewährleistet werden.

Ziel ist es, die bereits bestehenden E-Government- und E-Justice-Infrastrukturen dahingehend zu erweitern, dass diese einen zentralen Zugang zu Verwaltungsprozessen und -daten sowie zum „Elektronischen Rechtsverkehr“ ermöglicht. So können Leistungen der Verwaltung und der Justiz bequem vom Computer im Büro oder von zu Hause aus in Anspruch genommen werden. Dabei soll das bereits heute über das Internet abrufbare Informationsangebot einzelner Behörden über Verwaltungsverfahren oder Öffnungszeiten dahingehend weiter ausgebaut werden, dass immer mehr Anliegen „rund um die Uhr“ online übermittelt und anschließend das Ergebnis der Bearbeitung wiederum online empfangen werden kann.

Für moderne Interaktion mit Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sind elektronische Akten, ein zentrales Wissensmanagement oder Antragsassistenten nur einige prominente Beispiele. Auch Online-Servicekonten für Bürger und Unternehmen, welche die Angebote der öffentlichen Verwaltung bündeln und die Interaktion vereinfachen sowie beschleunigen, sind technisch bereits umgesetzt oder in greifbarer Nähe. Die dafür nötigen Anwendungen, Basisdienste und Infrastrukturen existieren vielfach bereits und bedürfen nun einer zielgerichteten Integration in die Arbeit der Landesverwaltung. Dies bedeutet, dass neben den notwendigen technologischen Innovationen neue organisatorische Abläufe und die damit verbundenen personellen Veränderungen umgesetzt werden müssen. Denn letztere sind ebenso wie die technologische Basis zentrale Bestandteile eines modernen E-Government.

Programmatische Leitlinien und rechtliche Rahmenbedingungen liefern zudem die Nationale E-Government-Strategie (NEGS), das E-Government-Gesetz des Bundes (EGovG Bund), die Digitale Agenda der Bundesregierung sowie das E-Government-Gesetz des Landes Schleswig-Holstein (EGovG SH).

Verstärkt finden auch im E-Government-Umfeld Kooperationen statt. Bund und Länder arbeiten im IT-Planungsrat (Artikel 91 c Grundgesetz) zusammen, um die Förderung und Ausrichtung von E-Government aufeinander abzustimmen und besonders priorisierte Maßnahmen gemeinsam umzusetzen. 2016 werden über den IT-Planungsrat geplante Projekte, Maßnahmen und Anwendungen in Höhe von rd. 9,9 Mio. € (2015: 10,2 Mio. €) umgesetzt und betrieben. Der Kooperationsanteil an den Maßnahmen für Schleswig-Holstein beträgt in der Regel 3,4 % an den Gesamtausgaben.

2016 und 2017 werden durch vom Bund verabschiedete E-Government-Ziele über den IT-Planungsrat weitere Anforderungen auf die Länder zukommen. Die Ausgaben im Rahmen der bundesweiten Kooperationen werden weiter ansteigen und erfordern eine stärkere Zusammenarbeit und Koordination zwischen dem Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen. Die Finanzierung der Maßnahmen kann in den beiden Jahren

zu Teilen aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ erfolgen. 2016 stehen hierfür im Kapitel 1614 rd. 8,5 Mio. € zur Verfügung.

Darauf aufbauend hat das ZIT bereits 2015 eine E-Government-Strategie erarbeitet, welche mit den Kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holstein, der Handwerkskammer Schleswig-Holstein und der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein abgestimmt ist. Bereits in den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Kommunen hoch priorisiert. Das Land Schleswig-Holstein finanziert seit Jahren unterschiedliche E-Government Verfahren und Infrastrukturmaßnahmen im ZIT SH und den dezentralen IT-Managements der zuständigen Fachressorts und setzt diese in Abstimmung mit den Kommunen um.

Wesentliche Zielbereiche der schleswig-holsteinischen E-Government-Strategie sind

- Nutzen für den Bürger und die Wirtschaft,
- Verwaltungsmodernisierung und
- Aufbau einer E-Government-Infrastruktur.

Dabei sollen vorrangig bundesweite Lösungen und standardisierte Infrastrukturen genutzt werden. Zielsetzung ist ein E-Government, das allen die Möglichkeit gibt, Verwaltungshandeln ohne persönliche Präsenz anzustoßen sowie einen Einblick in die damit verbundenen Arbeitsschritte und deren Status zu erhalten. Die dahinterliegenden Geschäftsprozesse sollen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nachvollziehbar und transparent sein. Sie werden so weit wie möglich automatisiert gesteuert.

Herausgehoben, um die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zu betonen und transparent zu machen, bewirtschaftet das Land für die Finanzierung von E-Government-Vorhaben mit kommunalem Schwerpunkt ein eigenes Kapitel 1403. Das Land und die Kommunalen Spitzenverbände streben an, hier IT-Umsetzungen aufzubauen, die besonders die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Fachabteilungen des Landes und der Kommunen automatisiert und vereinfacht. Um den laufenden Betrieb und die Pflegeaufwände der implementierten Vorhaben langfristig sicherstellen zu können, wurde die Finanzierung bereits etablierter IT-Verfahren 2016 langfristig in das IT-Budget überführt. Davon betroffen sind fünf IT-Maßnahmen mit einem geplanten Ansatz in 2016 von 1,6 Mio. €. Der Ansatz im Kapitel 1403 von 1,0 Mio. € p. a. kann dadurch ausschließlich für die Umsetzung neuer IT-Vorhaben entsprechend der E-Government-Strategie in enger Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden verwendet werden.

6.2 Partizipation und Transparenz

Bürger-, Behörden oder Unternehmensbeteiligung bei Verwaltungsprozessen sind in der Landesverwaltung ebenso üblich wie die Durchführung von Wahlen, Bürgerbegehren oder anderen demokratischen Beteiligungsformen. Neben der Verwaltungsdigitalisierung ist auch hier der Umstieg auf internetbasierte Techniken in der Entwicklung oder bereits vollzogen. Bei formalen Beteiligungen wie bei der kommunalen Bauleitplanung oder der Raumordnung des Landes können Bürger und Unternehmen, aber auch Behörden anderer Bundesländer oder Staaten ihre Positionen und Anforderungen si-

cher digital einbringen und erleichtern somit nicht nur ihre, sondern auch die Arbeit schleswig-holsteinischer Behörden.

Ebenso ist auch bei demokratischen Prozessen eine digitale Beteiligung rechtlich nicht mehr ausgeschlossen und technisch umsetzbar. Die Unterzeichnung einer Petition mit einem digitalen Ausweis oder dem Fingerabdruck kann hier für Verwaltungen eine deutliche Erleichterung bei Auszählung und Bewertung sein, ebenso natürlich für den Bürger, der nicht in der Lage ist, sich persönlich an einer Bürgerabstimmung o. ä. zu beteiligen.

Beteiligung setzt Wissen voraus. Nicht nur, aber auch hierfür hat das Land den Zuständigkeitsfinder Schleswig-Holstein (ZuFiSH) in Betrieb, der das gesamte Leistungsportfolio der kommunalen und Landesverwaltungen und deren Zuständigkeiten abbildet. Der Zuständigkeitsfinder wird aktuell erweitert um die Möglichkeit, auch kommunale Rechtsvorschriften (KSH-Recht) nach einem gemeinsamen Standard zu verwalten und leicht auffindbar zu machen, unter anderem auch im Angebot des Schleswig-Holsteinischen Landesrechts. Neben klassischen Open-Data-Quellen wie z. B. Geo- oder Bevölkerungsdaten existiert im ZuFiSH ein großes Datenpotential, um nicht nur die Verwaltungen selber für digitale Antrags- oder Bearbeitungssysteme zu unterstützen, sondern auch transparent zu machen, an welcher Stelle welche Behörde wie in einen Verwaltungsprozess eingebunden ist. Ergänzt um die Regelungen des Informationszugangsgesetzes hat ein Bürger oder ein Unternehmen viele Möglichkeiten, sich digital direkt und auf kürzestem Weg an die Einrichtung zu wenden, die das bestehende Bedürfnis erfüllen kann.

In allen Fällen ist es relevant, vorhandene Infrastrukturen anzupassen, auszubauen und vorhandene Lücken mit neuen Technologien zu füllen. Gleichzeitig werden verwaltungsübergreifende Prozesse, vor allem zwischen Land und Kommunen vereinfacht und standardisiert. Hierfür erforderliche IT-Maßnahmen werden sowohl aus 1402, 1403 wie auch aus IMPULS-Mitteln finanziert.

7. Datenschutz- und Informationssicherheit

Bei zunehmender Digitalisierung muss der Schutz der Daten weiter gewährleistet sein. Das bedeutet, dass strenge Vorgaben für IT-Sicherheit und Datenschutz einzuhalten und Sicherheitsstandards so zu setzen sind, dass nach aktuellen Standards (z. B. BSI-Grundschutz, Standard-Datenschutz-Modell) gehandelt werden kann. Überall dort, wo schützenswerte Daten mittels IT verarbeitet werden, müssen für jede IT-Maßnahme die Grundwerte dahingehend geprüft werden, dass u.a.

- Verfügbarkeit (Verfahren und Daten zeitgerecht zur Verfügung stehen und ordnungsgemäß angewendet werden können),
- Integrität (Daten bleiben unversehrt, vollständig, zurechenbar und aktuell),
- Vertraulichkeit (auf Verfahren und Daten wird nur befugt zugegriffen),
- Transparenz (Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten kann mit zumutbarem Aufwand nachvollzogen, überprüft und bewertet werden),

- Nicht-Verkettbarkeit (Personenbezogene Daten können nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand für einen anderen als den ausgewiesenen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden) und
- Intervenierbarkeit (Verfahren werden so gestaltet, dass sie den Betroffenen die Ausübung der ihnen zustehenden Rechte wirksam ermöglichen)

einem angemessenen Niveau genügen. Dabei wird der vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) festgelegte Grundschutz „normal“ flächendeckend angestrebt. Die Option in besonderen Sicherheitsbereichen wie z.B. der Polizei, der Justiz oder der Steuerverwaltung auf Grundschutz „hoch“ bzw. „sehr hoch“ zu gehen, soll angeboten werden.

Daten verarbeitende Systeme der öffentlichen Verwaltung sollen datenschutzfreundlich sein und datenschutzfördernd eingesetzt werden (privacy-by-default, privacy-by-design).

Die eingesetzten IT-Systeme und IT-Fachanwendungen sind im Rahmen eines integrierten Datenschutz- und IT-Sicherheitsprozesses dahingehend zu überprüfen. Dieser wird durch ein IT-Sicherheits- und Datenschutzmanagement gesteuert, dessen Aufgabe es ist, Datenschutz- und Sicherheitskonzepte zu erstellen und zu realisieren. Mit der Umsetzung eines auf die jeweiligen datenverarbeitenden Dienststellen zugeschnittenen Datenschutz- und -Sicherheitskonzepts und der damit einhergehenden Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit im laufenden Betrieb kehrt der Prozess regelmäßig zur Überarbeitung und Fortschreibung des Datenschutz- und Sicherheitskonzepts zurück, um damit einen kontinuierlichen Prozess zu ermöglichen. Dabei muss ein gut funktionierendes, integriertes Datenschutz und -Sicherheitsmanagement in die existierenden Managementstrukturen einer jeden IT-Organisation eingebettet werden und im regelmäßigen Austausch mit den Aufsichtsbehörden stehen.

Weiter sind neben gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, insbesondere aus dem Landesdatenschutzgesetz (LDSG) und der Datenschutzverordnung (DSVO) des Landes Schleswig-Holstein, auch Vorgaben aus dem Bund (u.a. IT-Planungsrat) sowie Dienstvereinbarungen und Mitbestimmungsgesetze, gängige Standards und Mindestanforderungen der Rechnungshöfe zu berücksichtigen. Diese Aspekte der Informationssicherheit gehen über rein datenschutzrechtliche Belange hinaus.

Das Land Schleswig-Holstein verfügt bereits über eine IT-Sicherheitsleitlinie für die IT-Basisinfrastrukturkomponenten, in der die gemeinsame Strategie für Datenschutz und IT-Sicherheit der durch das ZIT SH betriebenen Infrastruktur festgelegt wurde. Hierbei wird ein grundsätzlicher Sicherheitsstandard entsprechend den Sicherheitszielen des LDSG unter Berücksichtigung der BSI-Standards gewährleistet und Möglichkeiten der Revision für teilnehmende Behörden und Stellen geschaffen. Organisatorische Basis dieser Strategie ist das landesweite Integrierte Sicherheitsmanagementsystem (ISMS), welches das Vorgehen im Bereich Informationssicherheit vereinheitlicht, steuert und in einem kontinuierlichen Prozess verbessert. Leitung und Verantwortung in der Funktion des Informationssicherheitsmanagers für die Standard-IT obliegen dabei dem ZIT SH.

Zur Verbesserung der Gesamtsicherheit und auf Anforderung des IT-Planungsrates wurde in Kooperation mit Hamburg und Bremen bei Dataport ein CERT-Nord (Computer Emergency Response Team) unter Zusammenarbeit mit dem CERT-Bund eingerichtet. Ergänzend entwickelt das ZIT gemeinsam mit dem kommunalen IT-Stellen, Dataport sowie ULD und Landesrechnungshof eine konzeptionelle Basis für ein standardisiertes Sicherheitsniveau in schleswig-holsteinischen Kommunen (SiKoSH).

II. Finanzen

1. Allgemein

Das Land Schleswig-Holstein veranschlagt die Einnahmen und Ausgaben der IT im Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien / IT); E-Government und Organisation). Das Kapitel 1402 (IT) bildet das zentrale IT-Budget. Die Haushaltsmittel sind in Globaltiteln veranschlagt. Organisiert und bewirtschaftet werden die Einnahmen und Ausgaben über IT-Maßnahmen. Den Epl. 14 verantwortet und steuert der Chief Information Officer (CIO).

2. Einzelplan 14 (IT, E-Government und Organisation)

Die Ausgaben im Einzelplan 14 werden nach unterschiedlichen Schwerpunkten in Kapiteln dargestellt:

- Das **Kapitel 1401 (Allgemeine Angelegenheiten)** ist vorsorglich für die Abbildung von IT-Personal und Stellen eingerichtet worden und soll mittelfristig das Personal des ZIT SH zusammenfassen.
- Das **Kapitel 1402 (Informations- und Kommunikationstechnologien / IT)** umfasst die Haushaltsmittel der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein. In den nachfolgenden Abschnitten werden Maßnahmen und Entwicklungen im IT-Budget näher beschrieben.
- Das **Kapitel 1403 (E-Government / IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt)** umfasst seit 2016 die Ausgaben für gemeinsame IT-Programme und IT-Projekte des CIO und des ZIT SH mit den kommunalen Landesverbänden zur Entwicklung von E-Government-Basis-Infrastrukturen und gemeinsamer IT-Dienste. IT-Vorhaben, die in den Regelbetrieb bei Dataport überführt werden können, werden als IT-Verfahren im Kapitel 1402 geführt. Von den veranschlagten Ausgaben i.H.v. 2,0 Mio. € sind 1,0 Mio. € aus dem Kommunalen Investitionsfond gem. FAG (Finanzausgleichsgesetz) für die Aufgaben des Kommunalen Forums für IT (KomFIT) zweckgebunden.
- Im **Kapitel 1404 (Modernisierung der Verwaltung)** sind die Ausgaben zur Modernisierung der Verwaltung zentral veranschlagt, um Verwaltungsdienstleistungen weiterzuentwickeln und in zeitgemäßer und bedarfsgerechter Form anzubieten. Für die Ausgaben der Verwaltungsmodernisierung stehen 2016 rd. 3,0 Mio. € zur Verfügung. 2017 ist eine leichte Erhöhung auf rd. 3,4 Mio. € eingeplant.
- Das **Kapitel 1405 (Programm „Kooperatives Personalmanagement / KoPers)** umfasst die Sach- und Investitionsausgaben für den Aufbau des integrierten IT-Verfahrens „Kooperatives Personalmanagement / KoPers“. Der Aufbau erfolgt in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg und berücksichtigt auch die Anforderungen der schleswig-holsteinischen Kommunen. Die Personalausgaben für das Projekt „KoPers“ sind im Einzelplan 03 der Staatskanzlei veranschlagt.

- Im neuen **Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein)** werden die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des Digitalfunks in Schleswig-Holstein durch Dataport und andere IT-Dienstleister veranschlagt werden. Die einzelnen Betriebsverträge für das BOS-Zugangsnetz und die Teilaufgaben der Autorisierten Stelle (AS) bei Dataport gehen ab 2017 in die Zuständigkeit des CIO / ZIT SH über und werden zentral vom ZIT SH bewirtschaftet.

Im Rahmen von Zentralisierungsmaßnahmen des ZIT SH sind auch weiterhin Projekt- und Mittelübertragungen in den EP 14 geplant. Rechtliche Grundlagen für die unterjährige Umsetzung entsprechender Maßnahmen sind gem. § 50 LHO und § 29 Haushaltsgesetz 2016 bzw. 2017 gegeben.

Ausgaben im Einzelplan 14 nach Kapiteln 2015 bis 2017 (Stand NSL 2017 / 26.10.2016)

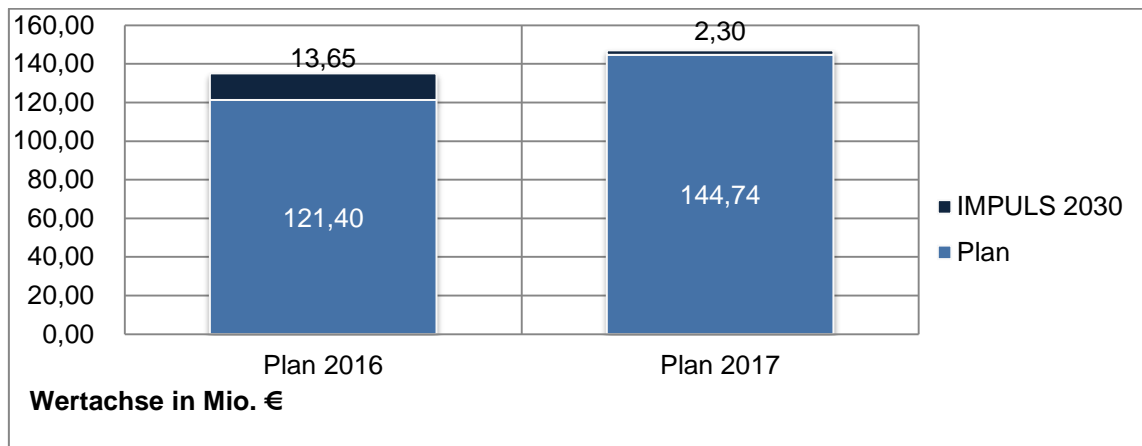
Kapitel	Bezeichnung	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)
1401	Allgemeine Angelegenheiten - Leerkapitel	0,0	0,0	0,0
1402	Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)	114.526,3	121.393,3	144.543,5
1403	E-Government (IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt)	3.421,2	2.000,0	2.000,0
1404	Modernisierung der Verwaltung	1.516,7	2.970,0	3.367,0
1405	Programm "Kooperation Personaldienste SH/FHH (KoPers)"	7.694,5	9.002,0	9.157,0
1406	Digitalfunk Land Schleswig-Holstein	0,0	0,0	2.000,0
Summe Ausgaben		127.158,7	135.365,3	161.067,5
Summe Einnahmen		9.676,4	1.755,0	1.870,0
Summe Zuschuss		117.482,3	133.610,3	159.197,5

3. Kapitel 1402 (... das IT-Budget!)

Für die Umsetzung der IT-Planungen in den Ressorts hat das Parlament ein IT-Budget (Kap. 1402) i.H.v. rd. 121,4 Mio. € in 2016 zur Verfügung gestellt. Auf Grund der anwachsenden IT-Finanzbedarfe plant die Landesregierung eine Aufstockung des IT-Budgets in 2017 auf rd. 144,5 Mio. € (Stand NSL 2017).

Weitere Haushaltsmittel für Zwecke der IT werden aus dem Modernisierungsprogramm IMPULS 2030 im Kapitel 1614 in Höhe von 15,95 Mio. € zur Verfügung gestellt. Davon können 13,65 Mio. € im laufenden Haushaltsjahr und 2,3 Mio. € im kommenden Jahr verausgabt werden.

IT-Budget 2016 / 2017

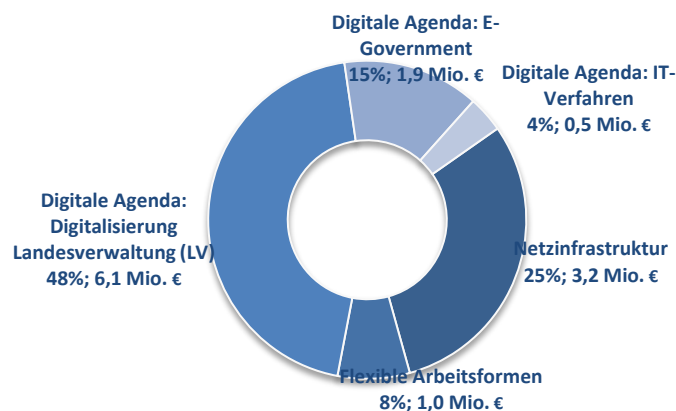


Das IT-Budget gewährleistet die Versorgung der unmittelbaren Landesverwaltung mit allen notwendigen Leistungen der IT. Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb und die Pflege sowie für die Fortentwicklung von zentralen IT-Basisinfrastrukturen, Fachverfahren der Ressorts und sonstigen IT-Maßnahmen zur Umsetzung von EU- und bundesrechtlichen Vorgaben. Dazu gehören auch die Ausgaben für Gremienarbeiten und für Kooperationsprojekte mit anderen öffentlichen Verwaltungsträgern.

4. Kapitel 1614

Die Investitionen aus dem Programm „IMPULS 2030“ werden für die IT im Einzelplan 16, Kapitel 1614 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation) veranschlagt und bewirtschaftet. Gegliedert ist das Kapitel in fünf Maßnahme-Gruppen. In 2016 sind Haushaltsmittel in Höhe von 13,65 Mio. € veranschlagt. Für 2017 stehen weitere 2,3 Mio. € zur Verfügung. Im Wesentlichen sollen in diesem Kapitel die Maßnahmen der Digitalen Agenda und der Netzerneuerung umgesetzt werden.

Investitionsarten anteilig im Kapitel 1614 in 2016



4.1 Mittelfristige IT-Planung der Ressorts

2016 betragen die IT-Planungen 162,4 Mio. €. Maßnahmen, die nicht oder nicht wie geplant umgesetzt werden konnten, haben erfahrungsgemäß einen erhöhten Mittelbedarf im nächsten Haushaltsjahr zur Folge. Die IT-Planungen der Ressorts steigen in 2017 auf 177,7 Mio. € (Stand 19.10.2016 / steigende Tendenz).

IT-Planungen der Ressorts (Stand 19.10.2016)

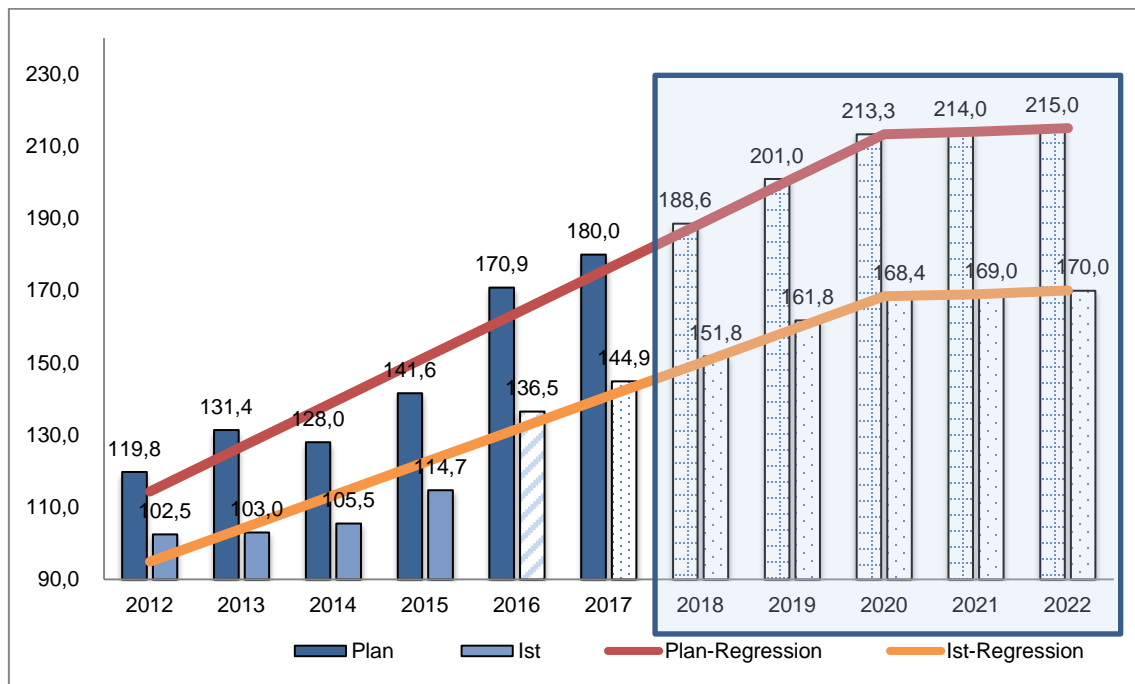
Hinweis: die Planungen ab 2018 sind noch ungenau, da die Ressorts die Kostenentwicklung erst in 2017 ff. einschätzen können und dann im ITWeb 2.0 pflegen.

EP	Ressort	2016 (T€)	2017 (T€)	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)
ZIT SH	Zentrales IT-Management SH	83.108,2	83.596,8	83.206,5	85.832,2	89.550,0
LT	Landtag	115,3	128,7	128,7	128,7	128,7
STK	Staatskanzlei	6.707,1	5.429,3	1.833,1	1.838,0	2.002,9
MIB	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten	19.883,3	27.579,0	23.845,0	22.659,8	22.463,8
FM	Finanzministerium	25.541,8	27.283,1	24.143,7	24.474,4	25.544,1
MWAVT	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	704,6	937,5	459,4	433,8	493,8
MSB	Ministerium für Schule und Berufsbildung	1.157,3	1.129,1	1.094,4	796,2	819,0
MJKE	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	12.088,2	17.498,9	17.601,0	16.609,1	17.264,6
MSGWG	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung	2.527,7	1.769,6	1.634,7	1.620,3	1.620,3
MELUR	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	10.588,3	12.368,3	10.860,7	10.665,4	10.387,4
Summe		162.421,8	177.720,3	164.807,2	165.057,9	170.274,6

4.2 Prognose ZIT SH: Entwicklung der IT-Budgets bis 2022

Ab 2020 ist von einer beginnenden Sättigung mit IT und damit von einem moderaten Anstieg der IT-Kosten auszugehen, da u.a. ein Grad maximalen Outsourcings, eine nahezu flächendeckende Ausstattung für flexible Arbeitsformen und ein hoher Grad an Automation der Landesverwaltung erreicht sein wird. So werden in den Kap. 1402 und 1614 ab 2021 Planungen in Höhe von ca. 210 Mio. € zu einem HH-Ist von ca. 167 Mio. € führen. Die Planungen für kooperative Projekte mit den Kommunen (Kap. 1403 mit ca. 1 Mio. € pro Jahr), der Verwaltungsmodernisierung (Kap. 1404 mit ca. 2 Mio. € pro Jahr) und das Projekt KoPers (mit ca. 3 Mio. € pro Jahr ab 2019ff) sind nicht berücksichtigt, so dass für den gesamten EP 14 von einem HH-Ist von ca. 173 Mio. € ab 2020 auszugehen ist.

Prognostizierte Entwicklung der IT-Budgets bis 2022 (Planung und Ist in den Kapiteln 1402 und 1614)



Dargestellt sind die Entwicklungen der Planungen der Ressorts und des ZIT SH zu Beginn eines HH-Jahres und das tatsächlich umgesetzte „Ist“ zum Ende eines HH-Jahres (=> Balken). Die Plan-Werte bis 2017 und die Ist-Werte bis 2015 sind der zentralen Datenbank „ITWeb 2.0“ zur Planung von IT-Maßnahmen entnommen. Zur Ermittlung der Ist-Werte 2016 und 2017 ist die „ZIT SH-Heuristik“ (ein Vergleich der Ausgaben kombiniert mit der unterjährigen IT-Finanzsteuerung in den letzten Jahren) herangezogen worden.

Ab 2018 (blauer Kasten) muss die Entwicklung der IT-Planungen der Ressorts geschätzt werden, da die Planungen im ITWeb 2.0 noch sehr ungenau sind und erst in den nächsten Monaten von den Ressorts angepasst werden. Die Tendenz der letzten Jahre wurde bei der Schätzung durch das ZIT SH berücksichtigt. Das Ist wurde auf der Basis der Einschätzungen der IT-Planungen durch eine lineare Regression bis in das Jahr 2022 berechnet und beinhalten daher auch das Risiko, dass sich die IT-Bedarfe in den Ressorts schneller und höher fortentwickeln können.

5. Bewirtschaftungsgrundsätze

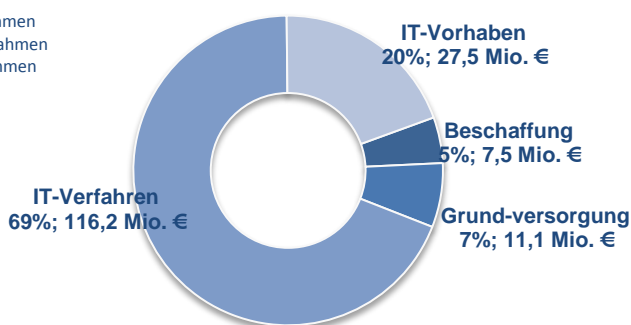
Innerhalb des Einzelplans 14 wird das IT-Budget ergänzend nach IT-Maßnahmen strukturiert. Dadurch soll nicht nur die Transparenz des Einsatzes der Haushaltsmittel erhöht werden, sondern auch die der im Land eingesetzten IT. Dabei wird nicht ausschließlich das laufende Haushaltsjahr betrachtet, sondern der gesamte Lebenszyklus einer Maßnahme (LifeCycle-Management).

Die Erfassung der Maßnahmen erfolgt in der zentralen Datenbank zur IT-Planung „IT-Web 2.0“ des ZIT SH. Im ITWeb werden die IT-Maßnahmen nach Arten der Grundversorgung und Beschaffung kategorisiert sowie nach IT-Vorhaben und IT-Verfahren unterschieden. Mit einem Gesamtanteil von rd. 116,3 Mio. € in 2016 (2015: 88,4 Mio. €) und rd. 119,9 Mio. € in 2017 stellen die laufenden IT-Verfahren den größten Anteil im IT-Budget dar. Wie bereits ausgeführt, werden die Ausgaben in den IT-Verfahren und den Maßnahmen der Grundversorgung steigen, da operative IT-Dienste zunehmend zu Dataport ausgelagert und nicht mehr durch landeseigenes Personal erbracht werden.

Investitionen für bestehende oder geplante Vorhaben der Ressorts belaufen sich in 2016 auf 27,5 Mio. € (2015: 11,0 Mio. €) und in 2017 auf rd. 38,6 Mio. €. Damit steigt der Investitionsbedarf auf rd. 26% am verfügbaren Gesamtbudget.

IT-Maßnahmen-Arten anteilig am IT-Budget Plan 2016

Beschaffung → 34 IT-Maßnahmen
 IT-Verfahren → 125 IT-Maßnahmen
 IT-Vorhaben → 56 IT-Maßnahmen
 Grundversorgung → 39 IT-Maßnahmen



Ergänzend werden die Haushaltsplanungen nach Verträgen, Beschaffungen und sonstigen Kosten eingeordnet. Für die Gewichtung einer IT-Maßnahme wird diese nach strategischen Eckwerten klassifiziert und durch zusätzliche Bewertungskriterien priorisiert.

Klassifizierungsmerkmale und Bewertungskriterien von IT-Maßnahmen

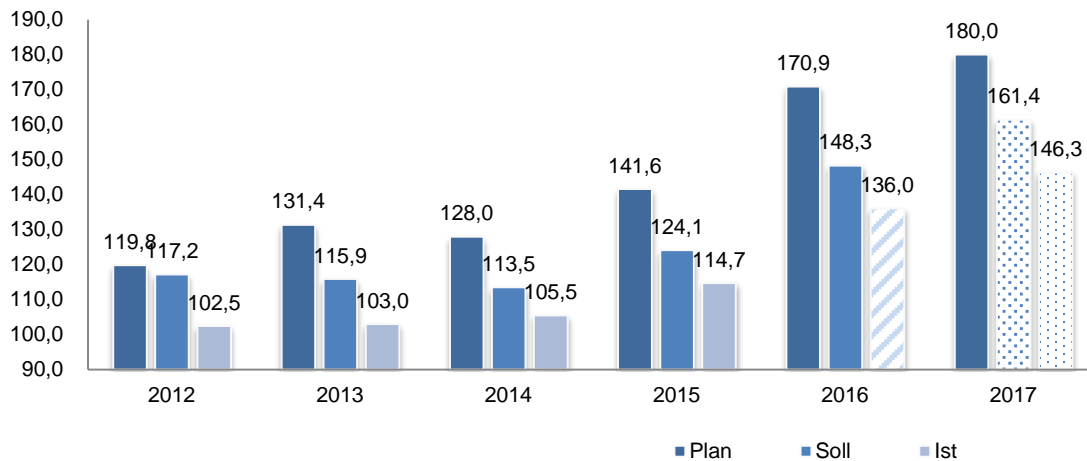
Klassifizierungsmerkmale	Bewertungskriterien
- Standard IT-Infrastruktur	- Rechtliche, politische und sonstige Vorgaben
- Standard IT-Arbeitsplatz	- Technische Notwendigkeit
- Standard IT-Funktionalität	- Nutzung zentraler Infrastrukturen
- Fachinfrastruktur	- Wirtschaftlichkeit
- Fachanwendung	- Kooperationsmaßnahmen

Jede Maßnahme ist ausführlich zu beschreiben. Die Entwicklungen sind detailliert nach Meilensteinen darzustellen. Hinzu kommen umfangreiche Unterlagen, wie z.B. Konzeptionen, detaillierte Projekt- und Finanzpläne, Verträge und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen.

In der Regel liegen zum Beginn eines Jahres die Planungen der Ressorts für das laufende Jahr wesentlich über den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Deswegen führt das ZIT SH auf Basis der vorliegenden Informationen jährliche Haushaltsgespräche zu den einzelnen IT-Maßnahmen. Qualifiziert werden laufende Leistungen und notwendige Entwicklungen. Unbestimmte Leistungen und unzureichende Planungen

werden unter Vorbehalt mit einer Finanzierungszusage gestellt und die Entwicklungen unterjährig überwacht und gesteuert. Abgeschlossen werden die Verhandlungen mit einem Strategiegelgespräch zwischen dem CIO und dem ZIT SH, dem zuständigen IT-Beauftragten des Ressorts und den IT-Leitern. Somit liegt dem ZIT SH neben einem Plan-Wert nach den Budget-Gesprächen zusätzlich ein sogenannter Soll-Wert vor. Dieser wird zum Jahresende um den Ist-Wert (welche Haushaltsmittel sind tatsächlich abgeflossen) ergänzt, so dass für jedes Haushaltsjahr 3 Werte für die statistische Planung herangezogen werden können.

Kennzahlen der Mittelbewirtschaftung im IT-Budget



Aus der graphischen Darstellung kann statistisch ermittelt werden, dass im Mittel das Verhältnis Plan zu Soll ca. 10%, Plan zu Ist ca. 18% und Soll zu Ist ca. 9% ist. Daraus lassen sich Prognosen für das laufende bzw. kommende Haushaltsjahr entwickeln. Übersteigt der statistisch ermittelte Ist-Wert nicht den Ansatz im Haushalt des Einzelplans 14 (Kap. 1402), kann trotz überhöhter Planung von einer auskömmlichen finanziellen Hinterlegung ausgegangen werden.

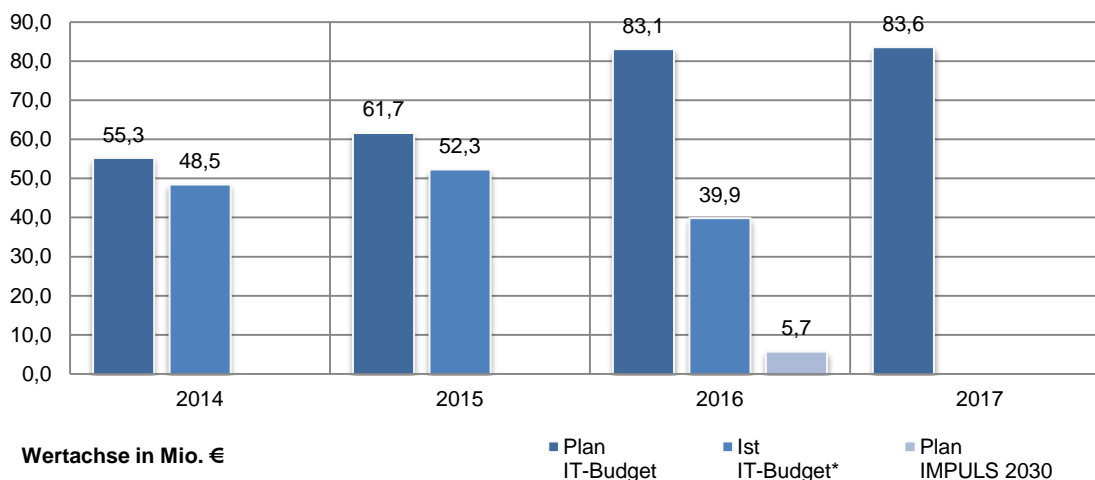
Um die Wirtschaftlichkeit und den Nutzwert von IT-Maßnahmen künftig transparenter darstellen zu können, soll in 2017 die WiBe SH landesweit ausgerollt werden. Die Kompetenzstelle ist seit Anfang 2016 im ZIT SH besetzt. Derzeit erfolgen die konzeptuellen Arbeiten.

Neben der übergreifenden Darstellung qualitativer und quantitativer Nutzwerte durch den Einsatz von IT sollen mit dem System auch haushaltswirksame Synergien in den verschiedenen Haushaltsstellen ermittelt und transparent abgebildet werden. Diese Kennzahlen werden dann begründend für die steigenden Finanzbedarfe zur Deckung im Einzelplan 14 herangezogen.

III Finanzbedarfe der Ressorts

1. Finanzbedarf ZIT SH

Finanzverlauf des ZIT SH 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das ZIT SH bewirtschaftet 69 (2015: 51) IT-Maßnahmen der landesweit 261 (2015: 238) aktiven IT-Maßnahmen. Im Durchschnitt gibt das ZIT SH für die Umsetzung seiner IT-Maßnahmen 50,0 Mio. € (mit steigender Tendenz) aus. Das Ausgabevolumen des ZIT SH bindet damit ungefähr 1/3 (34,5 %) des künftigen IT-Budgets i.H.v. rd. 144,5 Mio. € (Stand HHE 2017 / NSL).

Bei den IT-Maßnahmen des ZIT SH handelt es sich ausschließlich um Standard-Infrastrukturmaßnahmen, dem Standard-Arbeitsplatz und übergreifende Standard-Funktionalitäten, die ressortübergreifend eingesetzt und zentral koordiniert werden. Seit 2015 gehören auch die Durchführung und Begleitung umfangreicher Organisationsmaßnahmen im Bereich der IT dazu.

Wichtige IT-Maßnahmen des ZIT SH - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2147030000	Telefoniedienste SH	15.280,90	16.524,5	16.677,0	0,0
2154030000	Datennetz SH (Landesnetz)	12.374,60	13.916,0	13.466,0	0,0
2489030000	*Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA)	114	1.672,0	6.242,0	0
2340030000	Landesnetz V+	4.844,90	9.700,0	6.200,0	0,0
2466030000	Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH	0,0	4.558,0	3.734,0	2.000,0
2404030000	Zentrales Vertragsmanagement Land SH	5.527,00	4.492,9	4.764,2	0,0

2164030000	E-Akte - VIS-Basis	1.958,70	2.415,5	2.316,5	100,0
2186030000	Allgemeine Planung, Koordinierung und übergreifende IT-Gremien	31,1	90,2	85,3	0,0
2434030000	Aufbau und Betrieb einer zentralen IT-Support Service Infrastruktur bei Dataport	135,8	417,0	6.499,0	200,0
2492030000	Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge	122,5	5.115,2	367,1	500,0
2149030000	+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	1.374,70	1.443,2	1.410,2	0,0
2163030000	Government Gateway (SH-Service)	1.406,80	1.539,10	1.361,0	1.000,0
2486030000	LAN-Management Land SH	539,3	1.226,0	2.487,7	320,0
2177030000	"+1" - Infrastruktur Entwicklung	457,9	1.095,0	1.055,0	450,0

*Verlagerung der Betriebskosten in 2017 auf die IT-Maßnahmen 2521030000 (Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb), um die Ausgaben dem GB MIB zuordnen zu können. Steuerung des Vorhabens erfolgt weiterhin durch das ZIT SH.

Der CIO / das ZIT SH koordiniert das Organisationsprogramm „Polizeiliche IT-Aufgaben“ (ITM 2489030000 / PITA). Diese umfangreiche IT-Maßnahme betrifft im Wesentlichen den Geschäftsbereich der Landespolizei und soll bis Mitte 2019 in sechs Einzelprojekten u.a. die Verlagerung der Netze und Kommunikationsanlagen, der Arbeitsplatzbetreuung, und des Fachverfahrensmanagements an Dataport prüfen und ggf. umsetzen. Des Weiteren gehören die Konzeptionierung der IT-Steuerung der Landespolizei sowie die einer ressortübergreifenden IT-Lage und Notfallorganisation zum Programmumfang. Die IT-Planungen für diese ITM belaufen sich in 2017 auf rd. 6,2 Mio. €.

Der Ausbau und die Implementierung der E-Akte in Schleswig-Holstein ist weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeiten im ZIT SH. Die Planungen für 2016 sehen ein Roll-Out des Dokumentenmanagementsystems für das MJKE, MWAVT und das MSB vor. Zudem ist die Entwicklung automatisierter Funktionsabläufe vorgesehen. Dazu gehören u.a. die Einrichtung einer zentralen Schriftgutstelle im MIB und im MSGWG, die Erweiterung zur elektronischen Rechnungsabwicklung, die Erstellung einer IT-Maßnahmen- und Verfahrensakte sowie die Möglichkeit zur Aussonderung und Langzeitspeicherung. In diesem Zusammenhang wird die Digitalisierung der 65.000 Personalakten für das IT-Verfahren KoPers im ZIT SH verantwortet. Die Personalfälle der Lehrkräfte konnten bereits in 2015 digitalisiert werden. Die Übernahme der übrigen Personalakten ist vorgesehen. Die geplanten Kosten in 2016 betragen 5,4 Mio. €. Aufgrund rechtlicher Problem verzögern sich die Arbeiten, so dass in 2017 über die IT-Planungen i.H.v. 1,2 Mio. € weitere Bedarfe entstehen werden.

Das Daten- und Sprachnetz in Schleswig-Holstein umfasst 2016 insgesamt 36,6 Mio. €. 2015 wurde mit Dataport die Generalunternehmenschaft für die Netze des Landes Schleswig-Holstein vereinbart. Das Vorgehen folgt damit dem Hamburger-Modell und ist Grundlage für eine länderübergreifende Standardisierung und Kooperation mit anderen Trägern von Dataport, wie z.B. den schleswig-holsteinischen Kommunen. In diesem Kontext werden die Entwicklungen für den anstehenden Breitbandausbau koordiniert. Mit der Übergabe der Vertragsunterlagen an Dataport werden die laufenden Rahmenverträge neu ausgeschrieben. Dabei sollen auch regionale Anbieter verstärkt

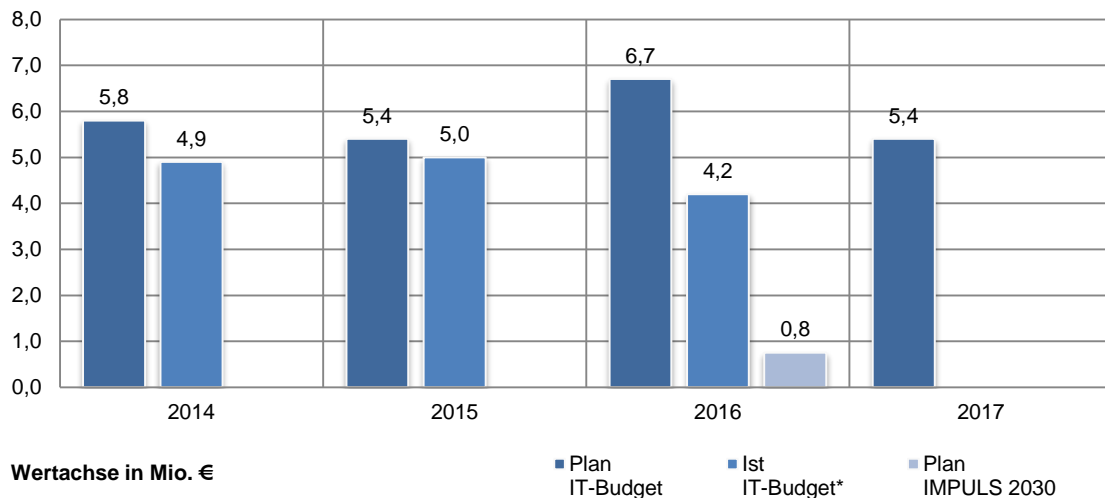
berücksichtigt werden. Hinzu kommen zusätzliche Leistungen für die notwendige Sanierung maroder Netze in den Bereichen der Justiz und der Landespolizei. Hierfür sind in 2016 und 2017 ca. 10,7 Mio. € eingeplant.

Das ZIT SH erarbeitet 2016 gemeinsam mit den DIT und mit Dataport ein einheitliches IT-Prozessmodell im Bereich der unmittelbaren Landesverwaltung, d.h. die Standardisierung der heute heterogenen Betriebsprozesse in Anlehnung an ITIL. IT umfasst dabei sowohl die Standard-IT SH als auch Fachinfrastrukturen sowie Fachanwendungen. Die Schaffung eines einheitlichen IT-Prozessmodells ist Voraussetzung für die Beschaffung und Nutzung eines landesweit einheitlichen IT-Service-Management-Tools. Das Ergebnis müssen demzufolge einheitlich gestaltete ITIL-Prozesse sein, welche die Anforderungen des ZIT SH und der Ressorts abdecken, durchgängige, medienbruchfreie kooperative Prozesse mit Dienstleistern gewährleisten und die geplanten organisatorischen Veränderungen berücksichtigen, bzw. ermöglichen.

Unter der Federführung des ZIT SH wird als ein weiterer Schritt zu einer standardisierten IT-Service-Erbringung das modular ausgelegte Servicekonzept „Full Managed Desktop für den Standardarbeitsplatz +1.büro“ erarbeitet („+1.FMD“). Im Bereich des Standard Arbeitsplatzes wird damit die zurzeit dezentrale Verantwortung in den Behörden für „+1.büro“ sukzessive in Richtung hin zu einem zentralen Ansatz mit Support durch Dataport weiterentwickelt. Das erste Modul, das den Anschlussbetrieb und das Sicherheitspaket beinhaltet, befindet sich bereits im Rollout. Im zweiten Schritt wird gegenwärtig der Pilotbetrieb des Servicemoduls „User-Help-Desk“ für mehrere Behörden vorbereitet. Für die Implementierung von +1FMD in der Landesverwaltung sind in 2017 rd. 6,5 Mio. € bei IT-Maßnahme 2434030000 (Aufbau und Betrieb einer zentralen IT-Support Service Infrastruktur bei Dataport) eingeplant.

2. Finanzbedarf StK

Finanzverlauf der StK 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Die StK einschl. der Landesplanung und DLZP (jedoch ohne KoPers und ZIT SH) bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 12 IT-Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Finanzbedarf von rd. 5,0 Mio. p.a. Das DLZP ist zum 01.01.2016 aus dem FM in die StK gewechselt.

Zusätzliche Investitionsbedarfe in Höhe von 75,0 T€ für den Ausbau der E-Akte und weitere mobile Arbeitsplätze sollen in 2016 und ggf. 2017 aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ finanziert werden.

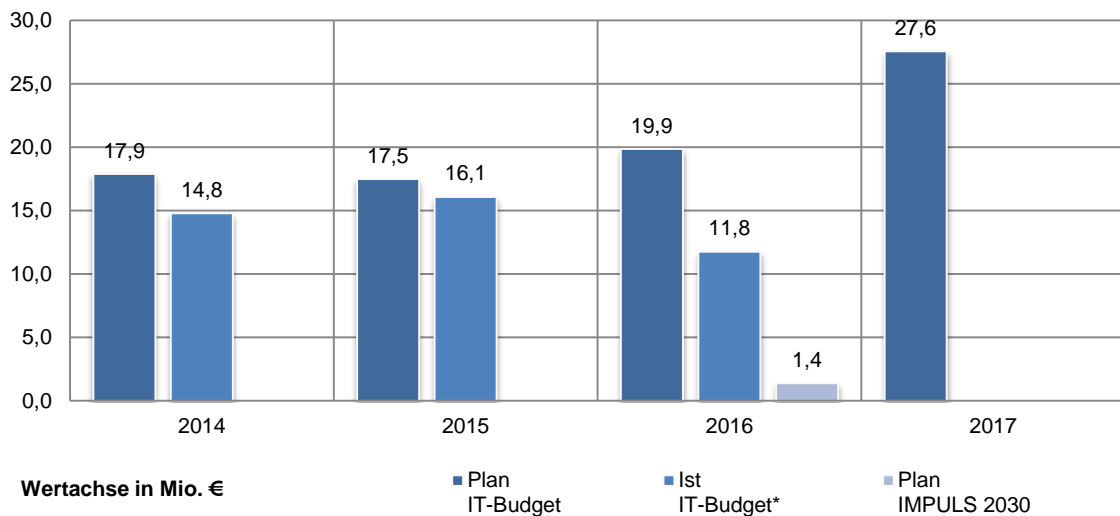
Im laufenden Betrieb und in den bestehenden IT-Verfahren, sind keine wesentlichen Abweichungen zu erwarten. Die Mittel der StK stellen im IT-Budget kein Planungs- oder Finanzierungsrisiko dar.

Wichtige IT-Maßnahmen der StK - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2165030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PER-MIS-Abrechnung)	3.175,10	3.428,2	3.406,2	0,0
2365030000	eBeihilfe	305,3	1425,4	498,2	0,0
2174030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PER-MIS-Beihilfe)	607,5	696,5	491,0	0,0
2357030000	Digitales Archivverfahren	249,6	307,5	335,8	0,0

3. Finanzbedarf MIB

Finanzverlauf des MIB 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MIB bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 57 IT-Maßnahmen. Die Planungen haben sich zu den Vorjahresentwicklungen um 7,7 Mio. € auf 27,6 Mio. € erhöht.

Von den geplanten Mehrausgaben entfallen rd. 5,0 Mio. € auf den Bereich der Landespolizei. So sind unter dem Schlagwort „Cybercrime“ umfangreiche Investitionen in den Beschaffungsmaßnahmen für die Arbeitsplatzbereiche und der IT-Beweissicherung eingeplant. Zusätzliche Entwicklungen sind in den IT-Maßnahmen „InfReg“ und dem „Kampfmittelinformationssystem“ beabsichtigt.

Weitere 1,3 Mio. € sind in 2017 für das Vorgangssystem im Ausländerwesen eingeplant, da das bestehende Verfahren veraltet ist und das neue System den aktuellen Anforderungen entsprechen muss.

Die Maßnahmen des MIB werden in 2016 mit zusätzlich 1,4 Mio. € aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ unterstützt.

Das MIB setzt seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Einführung digitaler und flexibler Arbeitsformen. Hieraus entstehen erhöhte Bedarfe sowohl in der IT-Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch in einzelnen Fachverfahren.

Grundsätzlich sind die Finanzbedarfe des MIB leicht steigend und stellen aufgrund der rechtlichen Vorgaben und Anforderungen der bundesweiten IT-Fachverbände im Bereich der Landespolizei ein IT-Planungs- und Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar, welches durch die in den vorherigen Kapiteln dargestellten Mechanismen des Einzelplans 14 behandelt wird.

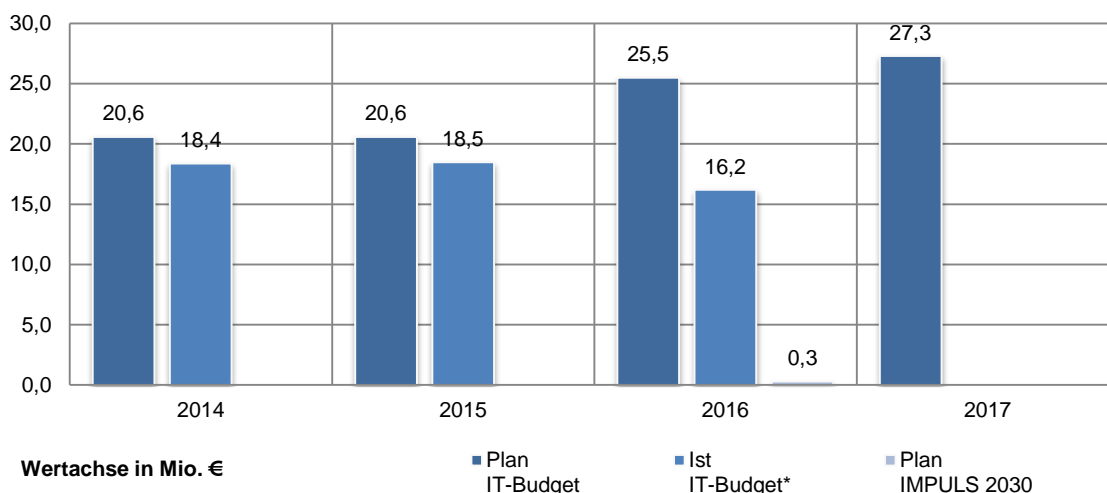
Wichtige IT-Maßnahmen des MIB - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2115020000	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	1.153,40	1886,8	3.043,6	0,0
2101030000	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	1.772,50	2.160,2	2.205,7	0,0
2104030000	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	702,9	603,1	2.137,9	0,0
2509030000*	Digitalfunk / AS	0,0	0,0	1.800,0	0,0
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	1.333,10	1.431,2	1.875,5	0,0
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	1.660,80	1.486,3	1.518,9	0,0
2103030000	@rtus - Entwicklung	1.210,70	1.208,4	1.202,0	0,0
2400030000	Geodateninfrastruktur	1.108,20	1.066,1	1.183,7	0,0
2134030000	Kampfmittelinformationssystem	324,2	1.389,7	1.333,4	0,0
2137030000	Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	104,8	1.846,2	1.122,7	200,0

*die ITM 2509030000 wird in 2017 aus dem Kapitel 1402 in das Kapitel 1406 übertragen

4. Finanzbedarf FM

Finanzverlauf im FM 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das FM bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 18 IT-Maßnahmen. Die Planungen haben sich zu den Vorjahresentwicklungen 2016 um rd. 1,8 Mio. € auf 27,3 Mio. € erhöht. Die Mehrbedarfe entstehen im Wesentlichen im AIT bei den IT-Maßnahmen DCS und KONSENS.

Mit ca. 0,3 Mio. € werden in 2016 und ggf. in 2017 notwendige Beschaffungsmaßnahmen im Rahmen der Digitalen Agenda / Mobiles Arbeiten aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ unterstützt.

Die Finanzbedarfe des FM steigen jährlich. Die bundesweite Entwicklung und Pflege der Steuerverfahren (KONSENS / DCS pp.) stellen kurz- bis mittelfristig ein Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar, da sie nicht vom ZITSH steuerbar sind.

Wichtige IT-Maßnahmen des FM Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2362030000	Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)	7.672,2	10.457,0	11.106,5	0,0
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	2.953,0	4.682,0	6.590,4	0,0
2470010000	Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH	2.598,6	3.601,3	3.408,3	0,0
2170030000	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	2.237,4	2.855,2	2.699,2	0,0
2190020000	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	499,1	1.658,3	1.003,2	300,0
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	516,1	620,6	657,5	0,0

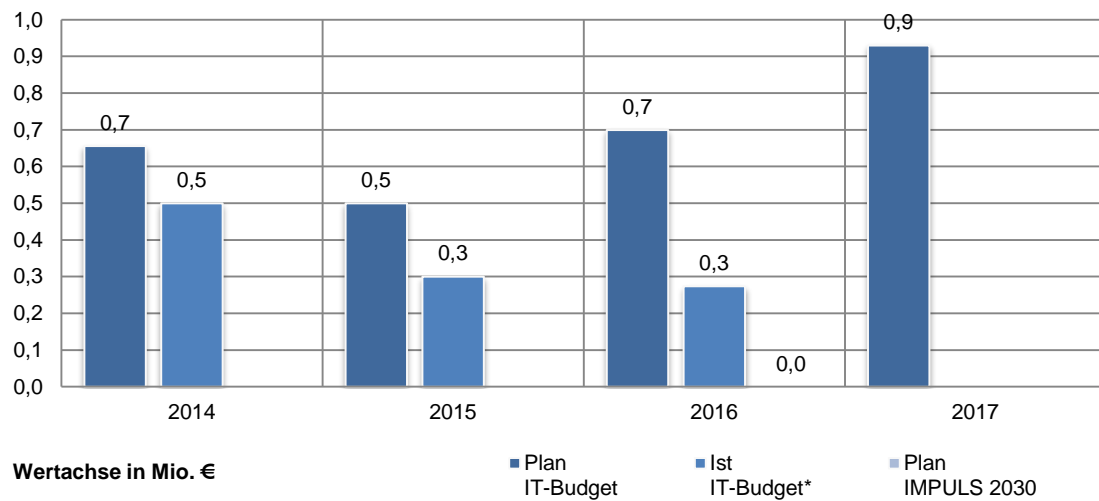
IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2422030000	KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer)	383,4	348,5	348,5	0,0
2176030000	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	186,1	183,3	388,1	0,0
2502030000	vocario Mitarbeiteralarmsystem	98,5	329,2	252,8	0,0

Das IT-Verfahren HAVWeb SH, das derzeit von Schleswig-Holstein zur Aufstellung des Landeshaushalts genutzt wird, ist technisch überaltert und muss innoviert werden. Die Fortentwicklung des Programms erfolgt in Kooperation mit anderen Bundesländern. In 2016 wurden dem FM zur Umsetzung der notwendigen Programmierarbeiten rd. 0,48 Mio. € zur Verfügung gestellt. In 2017 werden für die Anpassungen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens HAVWeb SH weitere 0,4 Mio. € benötigt.

5. Finanzbedarf MWAVT

Finanzverlauf im MWAVT 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MWAVT bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 5 IT-Maßnahmen. Die Finanzbedarfe des MWAVT stellen kein IT-Planungs- oder Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar.

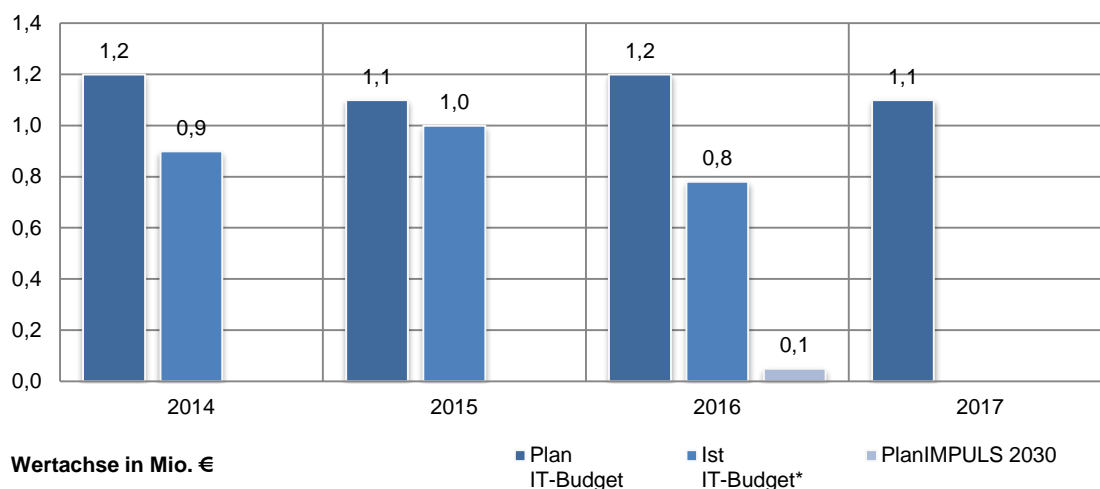
Wichtige IT-Maßnahmen des MWAVT - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	226,8	326,4	233,1	0,0
2209020000	Ersatzbeschaffung	6,9	258,1	258,1	0,0
2205030000	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	32,4	20,0	308,0	0,0
2423030000	Korruptionsregister	3,6	100,1	36,3	0,0

Das MWAVT wird in 2017 die Fachanwendung Finanzplanung im Straßenbaubereich in Zusammenarbeit mit Dataport fortentwickeln. Hierfür sind Ausgaben von rd. 0,3 Mio. € eingeplant.

6. Finanzbedarf MSB

Finanzverlauf im MSB 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MSB bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 12 IT-Maßnahmen. Die IT-Planungen des Ressorts verlaufen seit 2014 konstant und stellen kein Planungs- oder Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar.

Wichtige IT-Maßnahmen des MSB - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2212030000	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	302,7	274,5	274,5	0,0
2342030000	Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)	80,5	119,8	114,4	0,0
2213030000	Landesnetz-Bildung	51,9	80,1	80,1	0,0

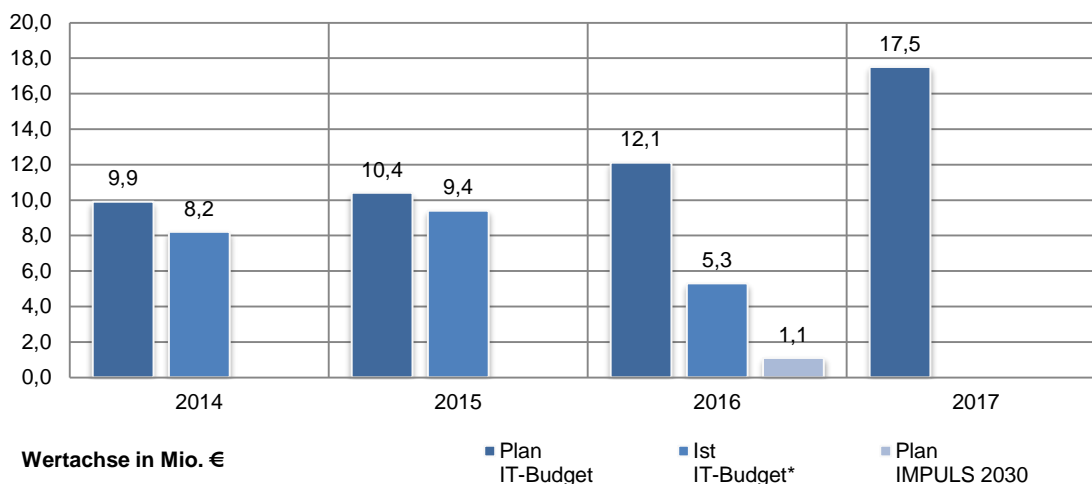
Die Personalverwaltung für Lehrkräfte „PERLE“ ist die umfangreichste IT-Maßnahme im MSB und unterstützt die Fachreferate bei der Bewerber- und Lehrpersonalverwaltung für den Vorbereitungs- und Schuldienst. Die Funktionen sollen künftig über das neue Personalmanagementverfahren „KoPers“ abgewickelt werden. Bis dahin werden notwendige Programmierleistungen für „PERLE“ an Dataport vergeben.

Geplant ist der Ausbau des Landesnetzes Bildung zu einem innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz für die Schulämter und Schulverwaltungen. Ziele sind u.a. die Standardisierung der bestehenden Systemlandschaften, eine verstärkte Nutzung der zentralen E-Government-Komponenten des Landes, die Migration auf den +1-Standard-Arbeitsplatz, die Weiterentwicklung der bestehenden Verfahren sowie die Unterstützung in den operativen IT-Diensten. Absehbar ist auch die Einführung eines einheitlichen, zentral bereitgestellten Fachverfahrens zur Schulverwaltung geplant, dass die Anforderungen verschiedener Schulformen an eine einfach nutzbare und verlässliche sowie datenschutzkonforme und rechtlich einwandfreie Verwaltungslösung

erfüllen soll. Für die Analyse, wurden aus dem Einzelplan 07 rd. 0,2 Mio. € zur Verfügung gestellt. Planungen im IT-Budget sind hierfür nicht hinterlegt. Auf mittelfristige Sicht sollten diese Ausgaben aus dem Modernisierungsprogramm „IMPULS 2030“ finanziert werden. Die Planungen hierzu werden eng mit dem CIO und dem ZIT SH abgestimmt.

7. Finanzbedarf MJKE

Finanzverlauf im MJKE 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MJKE bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 50 IT-Maßnahmen. Die IT-Planungen des MJKE erhöhen sich von 2016 auf 2017 um 5,3 Mio. €. Der Mittelbedarf des MJKE (Ministerium/Justiz/Kultur) in 2017 beträgt somit 17,5 Mio. €. In den geplanten Mehrausgaben 2017 sind rd. 3,7 Mio. € für die IT und Organisationsmaßnahmen „Projekt eJustiz“ und „Neue IT-Organisation Justiz“ vorgesehen.

Die Maßnahmen des MJKE werden 2016 mit zusätzlich rd. 1,1 Mio. € aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ unterstützt. Es ist geplant ab 2018 die großen IT- und Organisationsmaßnahmen „eJustiz“ und „Neue IT-Organisation Justiz“ überwiegend aus dem IMPULS-Programm zu finanzieren.

Die Finanzbedarfe des MJKE sind steigend. Die IT-Maßnahmen des MJKE stellen ein beständiges IT-Planungs- und Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar, sind aber prioritär im IT-Budget umzusetzen, da es gesetzlich festgelegte Umsetzungs- und Zeitvorgaben gibt. Aufgrund der Vorgaben aus IT-Fachverbänden auf Bundes- und Landesebene können die Anforderungen der Justiz durch das ZIT SH nur bedingt beeinflusst werden.

Wichtige IT-Maßnahmen des MJKE - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2500030000	Projekt eJustizSH	0,0	558,3	2.798,5	403,4
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	1.431,1	1.822,1	1.908,7	0,0
2333030000	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	7,1	338,5	2.305,7	333,0
2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	1.100,5	1.179,7	1.367,9	210,1
2229030000	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	458,8	879,6	992,5	225,0

2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	1.177,8	960,0	1.057,9	15,0
2461030000	Digitales Archiv Nord	4,0	35,0	425,0	0,0

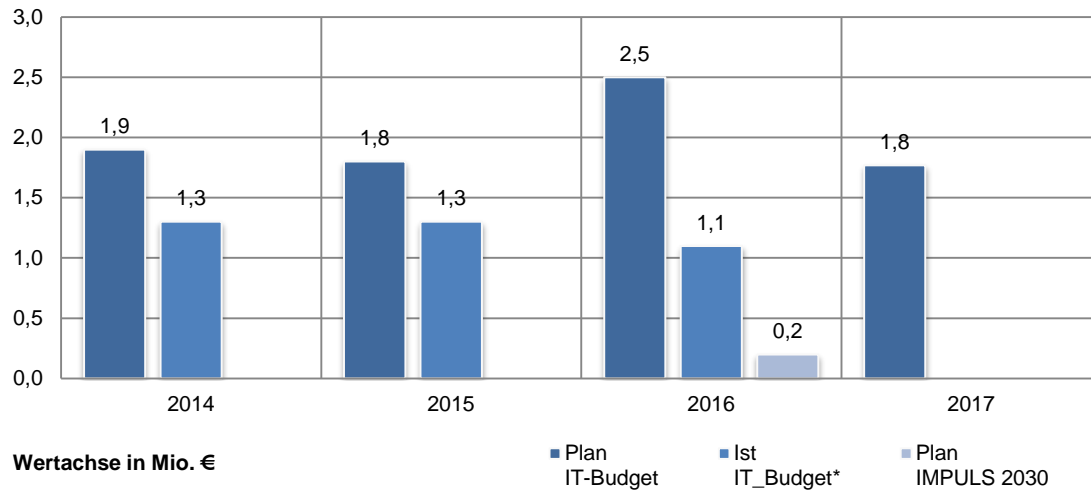
In der IT-Maßnahmen „Projekt eJustizSH“ sind die Projektausgaben zur Umsetzung des justizweiten elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) eingeplant. Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ sieht vor, dass betroffene Verfahrensbeteiligte ab 2018 elektronisch mit den Gerichten kommunizieren. Verpflichtend ist die elektronische Kommunikation ab 2022. Zwingend abhängig von den Entwicklungen zum ERV ist der Einsatz der elektronischen Akte, welche im Rahmen des Projektes mit ausgerollt wird. Die laufenden Betriebs- und Pflegekosten für den Einsatz des ERV sind 2016 mit rd. 1,2 Mio. € und 2017 mit 1,4 Mio. € veranschlagt.

Im Rahmen der IT-Maßnahme „Neue IT-Organisation Justiz“ soll die IT-Organisation insbesondere durch die Einführung des ERV bewertet und neu definiert werden. Übergreifende Prozesse in der IT-Betreuung sollen angepasst und zur Sicherstellung des IT-Betriebes und zur Hebung von Synergien die Nutzung zentraler Infrastrukturen und die Verlagerung von Betreuungsaufgaben an Dataport geprüft und umgesetzt werden. 2016 sind überwiegend konzeptionelle Arbeiten eingeplant. Die Eckwerte für die neue IT-Strategie der Justiz werden eng mit dem CIO und dem ZIT SH abgestimmt.

Der Aufbau und die Inbetriebnahme eines Digitalen Langzeitarchivs beim Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv werden im Rahmen des Projektes „Digitales Archiv Nord“ vorbereitet. Durch den geplanten Beitritt zu den Länderverbänden Arcinsys (Archivinformationssystem) und DAN (Digitale Archivmagazinpartnerschaft Nord) soll eine schnelle und kostengünstige Realisierung erreicht werden. 2016 sind konzeptionelle Arbeiten und die Vorbereitung des Beitritts geplant. Der Aufbau des Archivs soll ab 2017 erfolgen.

8. Finanzbedarf MSGWG

Abbildung Finanzverlauf im MSGWG 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MSGWG bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 16 IT-Maßnahmen. Die Planungen 2016 haben sich auf rd. 2,5 Mio. € erhöht. Die Mehrausgaben sind wesentlich durch die IT-Maßnahmen „BAföG / BaföG 21“ mit zusätzlich 0,4 Mio. € und die IT-Maßnahme „KITA-Geld“ mit zusätzlich 0,2 Mio. € begründet.

Die Maßnahmen des MSGWG werden 2016 zusätzlich mit 0,2 Mio. € aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ unterstützt.

Grundsätzlich verlaufen die Finanzbedarfe des MSGWG konstant. Die IT-Maßnahmen des MSGWG stellen kein Planungs- oder Finanzierungsrisiko im IT-Budget dar.

Wichtige IT-Maßnahmen des MSGWG - Plan 2017

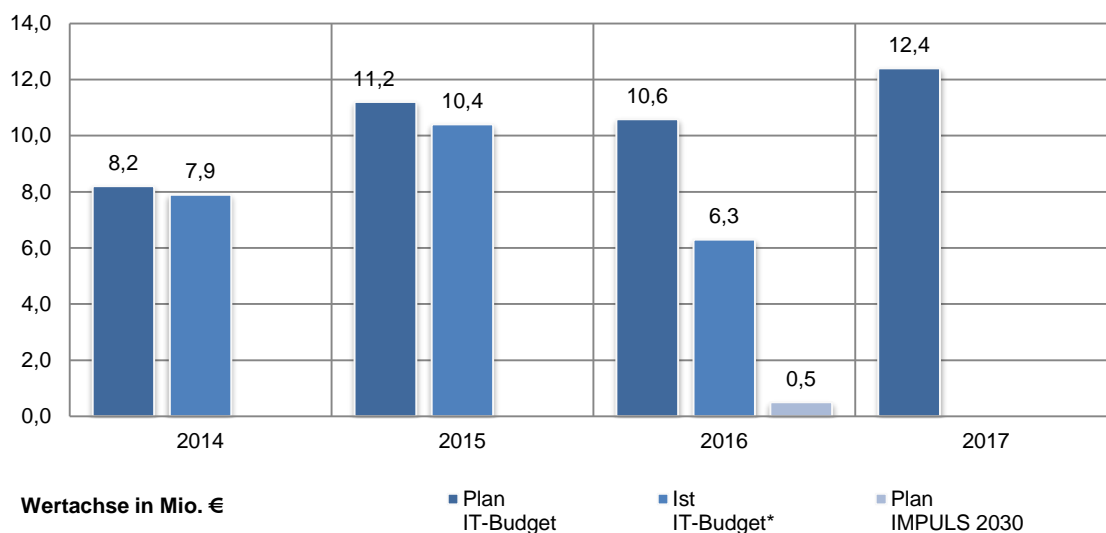
Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IM-PULS 2030 (T€)
2202030000	BAföG / BaföG 21	394,4	884,7	495,4	0,0
2268010000	Basisinfrastruktur	169,2	263,5	302,5	0,0
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	157,8	196,8	191,8	0,0
2263020000	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	185,3	233,9	111,8	54,0
2496030000	KITA-Geld	10,2	277,0	198,3	0,0

Im Rahmen der IT-Maßnahme „BAFÖG“ wurde das Alt-Verfahren durch das neue IT-Verfahren „BAFSYS“ abgelöst. Mit der Inbetriebnahme des neuen Verfahrens sinken die IT-Planungen dieser Maßnahme (Betrieb und Pflege) in 2017 um rd. 0,4 Mio. € auf rd. 0,5 Mio. € pro Haushaltsjahr.

Für die elektronische Antragsabwicklung der neuen Kindertagesstätten-Förderung in Schleswig-Holstein soll in 2016 das IT-Verfahren „KITA-Geld“ in Betrieb genommen werden. Für die Entwicklung sind 2016 rd. 0,3 Mio. € eingeplant.

9. Finanzbedarf MELUR

Finanzverlauf im MELUR 2014 bis 2017



*Ist 2016 zum Stichtag 19.10.2016

Das MELUR bewirtschaftet innerhalb des IT-Budgets 22 IT-Maßnahmen. Der Finanzbedarf des MELUR ist steigend. Die Steigerungen sind wesentlich durch die IT-Maßnahmen „ZIAF“ und durch die Infrastruktur- und Organisationsmaßnahme „ZeBIS“ begründet.

Die Maßnahmen des MELUR werden 2016 zusätzlich mit 0,5 Mio. € aus dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ unterstützt. Davon werden 0,4 Mio. € für ZIAF verwendet.

Die Finanzbedarfe des MELUR unterliegen Schwankungen. Sie stellen ein Planungs- und Finanzrisiko im IT-Budget dar, weil zusätzliche Anforderungen, beispielsweise aus der EU, kurzfristig und oftmals unterjährig den Einsatz von IT-Budgetmitteln erfordert. Diese Anforderungen sind vom ZIT SH nicht steuerbar.

Wichtige IT-Maßnahmen des MELUR - Plan 2017

Nummer	Maßnahme	Ist 2015 (T€)	Plan 2016 (T€)	Plan 2017 (T€)	IMPULS 2030 (T€)
2275030000	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung „ZIAF“	5.155,9	5.169,2	5.046,0	420,0
2397030000	Fachanwendungen K3-Umwelt	1.264,9	1204,9	1.261,9	0,0
2444030000	ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport	490,1	666,4	941,1	50,0
2396030000	Fachanwendungen Umwelt	559,0	715,2	1031,3	60,5
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	580,8	497,4	538,9	0,0
2426030000	Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)	539,0	406,3	539,9	0,0

Das IT-Verfahren „ZIAF“ unterstützt im Rahmen einer Mehrländer-Kooperation die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP). Auf Grund neuer gesetzlicher Änderungen der EU-Richtlinien waren insbesondere 2015 umfangreiche Programmierungen vorzunehmen, die sich in 2016 fortführen werden. Um die Planungen zu entlasten werden Kooperationen mit anderen Bundesländern angestrebt und derzeit Verhandlungen geführt. Das Ausgabevolumen dieser IT-Maßnahmen liegt durchschnittlich bei 5,1 Mio. €.

Auch die Weiterentwicklung, Pflege, Bereitstellung und der Support für das Softwarepaket „K3-Umwelt“ wird weiter ausgebaut. Ziel ist der übergreifende Einsatz standardisierter Umweltverfahren sowohl in der Kommunal- als auch in der Landesverwaltung Schleswig-Holsteins. Für diese IT-Maßnahmen sind rd. 1,1 Mio. € p.a. eingeplant.

Die übergreifende Fachanwendung Cadenza / Gistern dient der fachübergreifenden Datenauswertung sowie Bereitstellung von Sach- und Geodaten über ein sog. Data-Warehouse (DWH), welches auch Bestandteil der IT-Maßnahme „ZeBIS“ ist. Im Rahmen des Projektes „ZeBIS“ wurden Fachinformationssysteme des MELUR zum zentralen IT-Dienstleister Dataport in den Rechenzentrumsbetrieb von RZ² überführt. Weitere Teilprojekte sind in 2016 geplant. Die Verlagerung der operativen Dienste an Dataport führt zu Synergien im Personalbereich und beim Hardwarebestand.

IV Titel und Ansätze des IT-Budgets (Ausgaben)

Hinweis: Die Ist-Ergebnisse der Titel und die entsprechenden IT-Planungen wurden am 05.10.2016 zusammengestellt; aufgrund lfd. Fortschreibungen ergeben sich Abweichungen zum Zahlenwerk im IT-Gesamtplan 2016/2017; dessen Ergebnisse am 19.10.2016 fixiert wurden.

1402 – 427 03

Seite:	8				
Titel	1402 - 427 03				
Zweckbestimmung	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Zahlbarmachung von Personalausgaben für Aushilfskräfte der IT (keine Stellen und Planstellen erforderlich; nur zeitlich befristete Verträge möglich; Inanspruchnahme des Titels nur in Abstimmung mit StK und FM)				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist- Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel; dient der Abwicklung im Vollzug</i>	19,5	19,5

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel

IT-Maßnahmen	Bezeichnung	Soll 2016	Plan 2017
2473030000	Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH [ZIT SH für MBS und andere]	25,0	0,0

1402 – 511 43

Seite:	8				
Titel	1402 - 511 43				
Zweckbestimmung	Geschäftsbedarfe und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Beschaffung von Toner, Papier, Kleinmaterialien, Kabel und Technik unter 5 T€, sonstige Ausgaben für Bedarfe der DSt zur Sicherstellung des täglichen Dienstbetriebes				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jah- resende in T€
1.720,0	1.750,0	30,0	<i>Anpassung an Ressortplanungen [erwartetes Ist 2017 rd. 1.734,5 T€ = ca. 90% der Planungen]</i>	844,5	1.720,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

IT-Maßnahmen	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2111030000	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	2,0	2,0
2115020000	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	3,0	3,0
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	20,8	20,8
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	0,0	10,0
2123010000	Bürokommunikation für das LVerGeo	8,0	20,0
2129030000	Digitales Rissarchiv	0,0	5,0
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	451,0	536,0
2137030000	Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	0,0	0,0
2141010000	Laufender Betrieb - LV Berlin	0,0	0,0
2144010000	Laufender Betrieb – Staatskanzlei	20,0	20,0
2191010000	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	36,5	20,4
2192010000	Grundversorgung des FVA/Dez.5 mit Leistungen der IT	17,0	17,0
2193010000	Grundversorgung des FVA	33,5	33,5
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	452,0	447,8
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	25,0	25,0
2217010000	Betrieb der IT im Ministerium	52,4	52,4
2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	1,0	1,0
2225030000	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	3,7	3,8
2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	46,6	85,9
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	26,5	26,5
2244010000	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht	18,0	18,0
2245010000	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	23,0	23,0
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	42,8	42,8
2247010000	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium	27,6	27,6
2248010000	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	1,5	1,5
2251010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	0,8	0,8
2268010000	Basisinfrastruktur	24,4	24,4
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	60,0	60,0
2275030000	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	1,5	1,5
2294010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	19,2	19,2
2295010000	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)	1,3	1,0
2298010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	15,5	15,5
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	29,2	29,2
2302030000	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	0,0	3,0
2312010000	Betrieb der IT im IQSH	5,0	5,0
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachver-	1,0	1,0

	fahren Amtsgerichte)		
2357030000	Digitales Archivverfahren	8,0	8,2
2358010000	Grundversorgung der DSt EA	4,1	1,9
2369030000	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren – Landesarchiv	0,0	0,0
2370010000	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	4,0	4,0
2371010000	Laufender Betrieb – Landesbibliothek	1,5	1,5
2380010000	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	5,0	5,0
2381010000	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	5,0	5,0
2392030000	Nexus VeLis	1,0	1,0
2403030000	Umsetzungsmaßnahme Telefon-ZIAS	4,0	4,0
2410010000	Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)	1,0	1,0
2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	0,0	5,0
2416010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)	4,5	4,5
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	11,5	2,5
2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	148,8	148,8
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	60,0	55,0
2432020000	Neu- und Ergänzungsbeschaffungen von HW / SW im Bereich der LaPo	15,0	15,0
2463010000	Betrieb Bürokommunikation LfA	21,0	21,0
2479010000	Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung	1,8	2,6
2485030000	Cybercrime	0,0	2,0
2492030000	Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge	61,7	33,2
2493030000	Unterstützung der BAO Betreuung von Flüchtlingen	0,0	0,0
2500030000	Projekt eJustizSH	2,8	2,8
1402 511 43	Summe	1.830,5	1.927,6

1402 – 511 44

Seite:	8				
Titel	1402 - 511 44				
Zweckbestimmung	Ausgaben der Nutzung von Smartphone (Mobile Kommunikation)				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Ausgaben der mobilen Kommunikation; Beschaffung Smartphone, Tablets und Verbindungsgebühren; DME				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
200,0	310,0	110,0	Anpassung an Ressortplanungen [erwartetes Ist 2017 rd. 310,0 T€ = ca. 90% der Planungen]	88,3	238,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Kapitel	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
---------	-------------	-----------	-----------

2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	31,5	30,6
2123010000	Bürokommunikation für das LVerGeo	1,0	1
2144010000	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	52,4	53,4
2191010000	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	13,6	14,7
2192010000	Grundversorgung des FVA/Dez.5 mit Leistungen der IT	4,0	4
2193010000	Grundversorgung des FVA	1,0	1
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	8,7	8,8
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	56,0	56
2213030000	Landesnetz-Bildung	0,8	0,8
2217010000	Betrieb der IT im Ministerium	19,7	22,4
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	0,7	8,2
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	8,8	8,8
2247010000	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium	22,5	27,3
2248010000	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	1,8	0,3
2268010000	Basisinfrastruktur	45,5	50
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	0,7	0,7
2294010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	17,5	17,5
2298010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	3	3
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	4	4
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	0,5	0,5
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	16	18
2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	39	39
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	5,6	5,6
2493030000	Unterstützung der BAO Betreuung von Flüchtlingen	1,2	0
Summe		355,5	375,6

1402 – 525 37

Seite:	8				
Titel	1402 - 525 37				
Zweckbestimmung	Aus- und Fortbildung				
Haushaltsrechtlicher Sinn	IT-Fortbildung für IT-Leitstellen und Mitarbeiter; summiert über alle Fachverfahren der Ressorts				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
1.200,0	1.500,0	300,0	<i>Anpassung an Ressortplanungen; [erwartetes Ist 2017 rd. 1.562,7 T€ = ca. 80% der Planungen, da viele Schulungen mangels Teilnehmer nicht durchgeführt werden.]</i>	636,2	1.179,3

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2112030000	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	0,0	0,0
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	15,0	15,0
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	15,0	30,0
2123010000	Bürokommunikation für das LVermGeo	0,0	10,0
2124030000	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	0,0	5,0
2126030000	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	6,5	18,0
2127030000	Auftragsverwaltung LVermGeo	0,0	1,0
2128030000	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	0,0	2,0
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	10,0	107,0
2137030000	Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	0,0	0,0
2144010000	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	6,6	6,6
2164030000	E-Akte - VIS-Basis MJKE	142,0	80,0
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	20,5	10,0
2167030000	Landesportal SH und Annexverfahren	0,0	0,0
2170030000	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	0,0	0,0
2172030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	0,0	0,0
2177030000	"+1" - Infrastruktur Entwicklung	20,0	20,0
2186030000	Allgemeine Planung, Koordinierung und übergreifende IT-Gremien	41,0	0,0
2191010000	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	5,9	7,6
2192010000	Grundversorgung des FVA/Dez.5 mit Leistungen der IT	2,0	1,0
2193010000	Grundversorgung des FVA	3,0	3,0
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	41,0	46,0
2200010000	Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)	128,0	120,0
2202030000	BAföG / BaföG 21	50,0	15,0
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWA VT	20,0	20,0
2217010000	Betrieb der IT im Ministerium	4,0	4,0
2220030000	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	1,5	1,5
2223030000	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)	24,1	4,7
2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch; MJKE	158,4	36,7

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	0,0	0,0
2229030000	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	30,1	24,0
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	1,5	1,5
2244010000	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht	13,0	13,0
2245010000	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	3,0	3,0
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	89,6	89,0
2247010000	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium	8,0	8,0
2248010000	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	1,0	1,0
2251010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	2,5	2,5
2268010000	Basisinfrastruktur	12,0	12,0
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	28,0	28,0
2275030000	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	5,0	5,0
2294010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	25,5	35,5
2295010000	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)	2,0	2,0
2298010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	10,0	10,0
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	20,0	20,0
2306030000	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	5,0	5,0
2324030000	Digitales Zeitsystem	16,0	10,0
2333030000	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	18,0	42,0
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	215,9	220,0
2364030000	Behördennummer 115	0,0	0,0
2365030000	eBeihilfe	6,0	0,0
2370010000	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	0,0	0,0
2380010000	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	2,0	2,0
2381010000	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	0,0	0,0
2382030000	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H	2,5	0,0
2389030000	Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen	0,0	54,0
2390030000	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web	5,2	1,5
2392030000	Nexus VeLis	0,0	5,4
2397030000	Fachanwendungen K3-Umwelt	10,0	10,0
2398030000	Übergreifende Fachanwendung Cadanza/Gistern	10,0	25,0
2400030000	Geodateninfrastruktur	3,7	19,5
2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	0,0	3,0
2412030000	Glücksspiel	0,0	5,0
2414030000	Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)	0,0	0,0
2416010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)	2,0	2,0
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	105,0	105,0

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2421030000	Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS)	10,0	10,0
2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	56,4	56,4
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	10,2	11,0
2426030000	Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)	20,0	20,0
2447030000	E-Akte - VIS-Erweiterungen	80,0	5,0
2463010000	Betrieb Bürokommunikation LfA	18,0	18,0
2473030000	Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH (für alle Ressorts vom ZIT SH organisiert)	268,0	0,0
2474030000	Einführung und Betrieb WiBe 2015	15,0	5,0
2478030000	Nexus Web	0,0	47,6
2484030000	Einführung der E-Akte im Ministerium MIB	0,0	0,0
2487030000	Seminar- und Schulmanagementsystem	7,8	0,0
2495030000	E-Akte Landtagsverwaltung	5,0	5,0
2500030000	Projekt eJustizSH, MJKE	190,0	400,8
2501030000	BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	5,0	2,0
2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	39,0	39,0
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	5,6	5,6
2493030000	Unterstützung der BAO Betreuung von Flüchtlingen	1,2	0,0
Summe		2.098,2	1.953,4

1402 – 526 99

Seite:	8				
Titel	1402 - 526 99				
Zweckbestimmung	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Festtitel; zu zahlen wären Gutachten und Kosten für Sachverständige für einmalige Expertisen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung in der Verwaltung; abgegrenzt zu externen Beratungsleistungen in dem MA von Beratungsfirmen oder Kanzleien einen Prozess über lange Zeit begleiten und an der Entscheidungsfindung mitwirken.				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel; dient der Abwicklung im Vollzug</i>	0,0	0,0

1402 – 527 06

Seite:	8				
Titel	1402 - 527 06				
Zweckbestimmung	Dienstreisen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Dienstreisen summiert über alle Fachverfahren der Ressorts				
Haushaltplan / HHE 2017					

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
250,0	270,0	20,0	<i>sehr moderate Anpassung an die Ressortplanungen; [erwartetes Ist 2017 rd. 268,5 T€ = ca. 70% der Planungen, da viele geplante Dienstreisen abgesagt werden]</i>	111,1	217,4

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2101030000	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	0,0	3,0
2104030000	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	0,0	0,0
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	7,0	7,0
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	30,0	53,0
2156030000	Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)]	1,0	1,0
2164030000	E-Akte - VIS-Basis	0,5	0,5
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	35,0	50,0
2170030000	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	1,0	1,0
2174030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	0,0	0,0
2176030000	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	1,5	10,0
2178030000	Lfd. Betrieb des steuerlichen Gesamtverfahrens KONSENS I (ehemals EOSS-Verfahren)	0,0	0,0
2186030000	Allgemeine Planung, Koordinierung und übergreifende IT-Gremien	5,0	5,0
2191010000	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	0,9	0,9
2193010000	Grundversorgung des FVA	1,0	1,0
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	10,0	10,0
2218030000	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	0,5	0,5
2220030000	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	1,0	1,0
2223030000	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)	3,0	3,0
2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	8,0	8,0
2225030000	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	1,0	1,0
2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	0,0	0,0
2229030000	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	5,0	5,5
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	3,0	3,0
2244010000	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im	1,5	1,5

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

Landesverfassungsgericht			
2245010000	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	2,0	2,0
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	4,0	4,0
2247010000	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium	1,0	1,0
2251010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	6,6	6,6
2268010000	Basisinfrastruktur	1,0	1,0
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	5,0	5,0
2314030000	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)	1,5	1,5
2333030000	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	7,0	8,5
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	48,5	38,2
2337030000	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	0,0	0,0
2346030000	KT-Akkreditierungsverfahren	0,0	0,0
2350030000	xPolizei Standardisierung	10,0	20,0
2362030000	Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)	3,5	3,5
2363030000	Projekt Steuer-PC (SPC)	2,5	3,0
2365030000	eBeihilfe	2,0	0,0
2389030000	Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen	0,0	3,0
2390030000	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web	1,5	1,5
2392030000	Nexus VeLis	1,5	1,5
2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	0,0	1,0
2412030000	Glücksspiel	0,0	3,0
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	35,0	35,0
2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	2,0	2,0
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	12,0	12,0
2461030000	Digitales Archiv Nord	5,0	0,0
2474030000	Einführung und Betrieb WiBe 2015	2,0	2,0
2478030000	Nexus Web	0,0	2,4
2489030000	Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA)	10,0	10,0
2500030000	Projekt eJustizSH	40,0	50,0
Summe		319,5	383,6

1402 – 533 56

Seite:	8
Titel	1402 - 53356
Zweckbestimmung	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen
Haushaltsrechtlicher Sinn	Dienstleistungsaufträge an Dataport und andere IT-Dienstleister

Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jah- resende in T€
69.100,3	79.560,0	10.459,7	Anpassung an die IT-Planungen der Ressorts; Hinweis: weitere Erhöhungen in der NSL 2017 i.H.v. rd. 11,8 Mio. € beantragt.	34.647,5	71.675,3
<p>Die Ansatzhöhe richtet sich nach den Planungen der Ressorts. Alle Ressorts haben Kostenerhöhungen für Betrieb und Pflege von Fachverfahren in den Dataport-Rechenzentren, für das technische und fachliche Verfahrensmanagement bei Dataport und bei der Administration und den Support im Bereich der Bürokommunikationstechnologie angemeldet. Darüber hinaus sind Neu- und Fortentwicklungsmaßnahmen in folgenden Bereichen geplant: MJKE (Elektronisches Grundbuch, Neue IT-Organisation Justiz, Projekt eJustice SH, Fortentwicklung MESTA pp.), FM (Steuerverwaltung KONSENS, mobiles Arbeiten pp.); MIB (eWohngeld, Kampfmittelinformationssystem, Cybercrime; Digitalfunk / AS; MERLIN pp.) und des ZIT SH (Projekt Polizeiliche IT-Aufgaben).</p>					

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2101030000	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	1.846,3	1.863,7
2102030000	Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	600,0	758,6
2103030000	@rtus - Entwicklung	1.208,4	1.202,0
2104030000	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	534,8	1.739,4
2105030000	Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeit-Maßnahmenmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft	273,4	285,4
2107030000	Betrieb Sicherheitsinfrastruktur für Internet-Zugang vom Polizei-LSK-Arbeitsplatz	124,1	152,0
2110030000	EXTRAPOL	0,0	10,0
2111030000	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	227,5	215,3
2112030000	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	65,8	66,1
2113030000	Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH	8,5	8,8
2114030000	E-Post 810 bei der LaPo SH	0,8	0,8
2115020000	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	539,0	847,0
2116030000	InfReg	538,4	265,0
2117030000	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	281,0	341,0
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	442,3	470,3
2120020000	Ersatzbeschaffungen GB IM	15,0	15,0
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	1.421,3	1.405,2
2123010000	Bürokommunikation für das LVermGeo	131,4	131,4
2124030000	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	13,5	14,0
2126030000	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	71,9	82,6
2127030000	Auftragsverwaltung LVermGeo	159,2	144,6

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2128030000	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	2,0	2,0
2129030000	Digitales Rissarchiv	50,7	52,6
2134030000	Kampfmittelinformationssystem	889,7	1.333,4
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	983,1	1.172,5
2137030000	Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	1.585,7	972,7
2138020000	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	6,7	0,0
2139030000	Dachportal schleswig-holstein.de	10,0	10,0
2140030000	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	24,0	24,0
2141010000	Laufender Betrieb - LV Berlin	34,5	35,1
2143020000	Ersatzbeschaffungen - LV Berlin	0,0	0,0
2144010000	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	192,0	175,0
2145030000	xPersonenstand	139,6	283,2
2148030000	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme)	132,5	107,5
2149030000	+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	1.444,7	1.411,7
2152030000	Virtuelle Poststelle Governikus/EGVP (Betrieb und Fortentwicklung)	575,1	547,6
2153030000	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik	186,2	155,2
2155030000	+1 Patch- und Veränderungsmanagement	100,0	100,0
2156030000	Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)]	190,0	203,0
2162030000	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	19,2	30,3
2163030000	Government Gateway (SH-Service)	1.539,1	1.361,0
2164030000	E-Akte - VIS-Basis	2.093,0	2.136,0
2165030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	3.428,2	3.406,2
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	6,4	154,9
2167030000	Landesportal SH und Annexverfahren	682,0	417,0
2168030000	SHIP - Intranet und Extranet öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein	608,8	287,5
2169030000	Zentraler FAX-Service SH	31,5	31,6
2170030000	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	2.853,2	2.697,2
2171030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	7,5	7,5
2172030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	1.117,4	1.151,0
2173030000	Basisdienst Internet (Verträge)	600,0	600,0
2174030000	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	696,5	491,0
2175030000	Dienste im +1-System (Büro Land)	79,8	79,8
2176030000	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	181,8	378,1
2177030000	"+1" - Infrastruktur Entwicklung	1.050,0	1.010,0

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2178030000	Lfd. Betrieb des steuerlichen Gesamtverfahrens KONSENS I (ehemals EOSS-Verfahren)	0,0	0,0
2185030000	Übergreifendes AD für gemeinsame Verfahren	148,0	148,0
2186030000	Allgemeine Planung, Koordinierung und übergreifende IT-Gremien	11,2	27,2
2191010000	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	170,3	170,3
2192010000	Grundversorgung des FVA/Dez.5 mit Leistungen der IT	30,5	30,0
2193010000	Grundversorgung des FVA	11,2	11,2
2195010000	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	108,9	144,9
2202030000	BAföG / BaföG 21	772,7	400,3
2205030000	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	20,0	308,0
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	206,2	130,0
2212030000	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	274,5	274,5
2213030000	Landesnetz-Bildung	79,3	79,3
2217010000	Betrieb der IT im Ministerium	144,2	168,2
2219030000	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)	450,9	839,9
2221030000	Lfd. Einsatz und Pflege MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)	14,3	14,3
2222030000	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	99,0	99,0
2223030000	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)	901,6	890,8
2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	797,9	1.001,6
2225030000	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	333,7	333,7
2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	1.522,4	1.264,8
2229030000	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	639,0	686,1
2232020000	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen"	0,0	0,0
2234020000	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	5,3	0,0
2236020000	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	94,8	42,0
2237020000	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig	16,0	0,0
2240020000	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein	0,0	0,0
2241020000	Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	0,0	7,0
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	64,4	66,5
2245010000	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	4,6	2,9
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	53,0	31,3
2247010000	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium	54,7	56,7
2251010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	21,6	27,6
2252030000	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	72,0	72,0

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2253030000	Bearbeitung von Erziehungsgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld	40,8	40,8
2254030000	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)	66,1	36,8
2255030000	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)	40,0	40,0
2256030000	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	63,0	60,0
2257030000	Länderübergreifende zentrale Trinkwasser Datenbank (ZTEIS)	27,0	3,0
2263020000	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	6,4	0,0
2268010000	Basisinfrastruktur	180,6	215,1
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	103,1	98,1
2275030000	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	5.162,6	5.039,4
2278030000	Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz	0,0	70,5
2294010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	173,9	197,3
2295010000	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)	6,0	3,4
2298010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	425,0	425,0
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	439,2	480,7
2301030000	Internetgestütztes Beteiligungsverfahren der Landesplanung (Beteiligung-Online)	121,6	121,6
2302030000	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	142,8	89,8
2306030000	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	179,6	134,8
2310030000	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen	93,5	77,2
2312010000	Betrieb der IT im IQSH	28,3	32,8
2314030000	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)	23,3	23,3
2320030000	Wahlabendprogramm	114,4	99,3
2324030000	Digitales Zeitsystem	163,6	173,8
2326030000	Anforderungsmanagement	135,3	62,0
2328030000	Prozessmanagement	0,0	0,0
2333030000	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	782,7	2.199,4
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	1.532,1	1.597,2
2335030000	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	89,3	46,3
2337030000	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	790,6	911,1
2341030000	Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung der Schulverwaltung	71,5	81,5
2342030000	Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)	119,8	114,4
2346030000	KT-Akkreditierungsverfahren	121,6	164,1
2351030000	BAO - Lagen	303,7	628,4
2355030000	XKatastrophenhilfe	0,0	20,0
2357030000	Digitales Archivverfahren	269,5	297,6
2358010000	Grundversorgung der DSt EA	24,6	24,9

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2359030000	Fachverfahren EA-SH	7,0	7,0
2360030000	ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Betrieb und Pflege)	107,0	92,0
2362030000	Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)	10.453,5	11.103,0
2363030000	Projekt Steuer-PC (SPC)	91,1	114,8
2364030000	Behördennummer 115	467,0	460,0
2365030000	eBeihilfe	1.417,4	498,2
2369030000	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv	0,0	0,0
2370010000	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	21,0	21,0
2371010000	Laufender Betrieb - Landesbibliothek	62,2	61,4
2380010000	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	45,4	42,4
2381010000	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	40,7	40,7
2382030000	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H	50,2	62,0
2386020000	Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt	0,0	0,0
2389030000	Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen	6,7	195,8
2390030000	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web	256,0	271,4
2392030000	Nexus VeLis	47,8	60,5
2393030000	Betrieb und Pflege von Fachanwendungen für Integrationsangelegenheiten	51,5	11,5
2394030000	IT-Plattform Badegewässer	7,3	37,3
2396030000	Fachanwendungen Umwelt	704,7	981,9
2397030000	Fachanwendungen K3-Umwelt	1.194,9	1.251,9
2398030000	Übergreifende Fachanwendung Cadenza/Gistern	205,5	235,5
2399030000	eWohngeld	61,0	341,0
2400030000	Geodateninfrastruktur	1.035,5	1.045,5
2401030000	De-Mail-in-SH Basisdienst	325,5	121,0
2404030000	Zentrales Vertragsmanagement Land SH	4.492,9	4.764,2
2405030000	Rechtsinformationssysteme (RIS)	745,3	745,3
2406030000	Strategie, inkl. IT-Organisation	22,5	50,0
2407030000	Zentrales IT-Beschaffungsmanagement SH	667,0	667,0
2408030000	Betrieb und Fortentwicklung Fachverfahren AIDA	33,3	33,3
2410010000	Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)	19,2	19,2
2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	31,1	38,0
2412030000	Glücksspiel	178,5	215,5
2413030000	Denkmal Information SH (DISH)	122,6	73,6
2414030000	Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)	51,9	31,8
2415030000	Übergreifende Multideviceplattform (MDP) für den Einsatz von Smartphones	35,0	35,0
2416010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)	26,1	25,9
2418030000	Data Warehouse und Business Intelligence (DWH / BI)	0,0	0,0
2420030000	Ergänzungstool für Internet (Efl)	297,0	403,5
2421030000	Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS)	245,8	295,8

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2424010000	Grundversorgung der Amtsgerichte SH	38,2	36,3
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	7,1	7,1
2426030000	Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)	356,7	503,5
2427030000	Lizenzmanagement ESRI	440,8	440,8
2428030000	Heimaufsicht	84,8	14,8
2429030000	Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH	300,0	400,0
2430030000	Fuhrparkverwaltung	93,2	125,1
2431030000	Ticketsystem GB IM	240,5	240,5
2433030000	IT-Management-Werkzeuge im GB IM	56,0	147,5
2436030000	Videokonferenzsysteme	27,4	189,8
2437030000	Ticketsystem User Help Desk (ITSM)	308,6	2.304,2
2438030000	W-LAN Infrastruktur Land SH	43,0	14,0
2444030000	ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport	666,4	691,1
2447030000	E-Akte - VIS-Erweiterungen	225,1	836,6
2452030000	Unterstützungsplattform EA-SH	104,5	107,2
2460030000	ITWeb 2.0 - Haushaltsverfahren für die IT des Landes Schleswig-Holstein	160,0	270,0
2461030000	Digitales Archiv Nord	30,0	228,1
2462030000	Campus-Filer	170,0	190,0
2463010000	Betrieb Bürokommunikation LfA	89,9	135,9
2465030000	Antragsverfahren für den Kommunalen Investitionsfond (KIF)	3,2	15,9
2466030000	Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH	0,0	0,0
2467030000	Testautomation	20,0	4,0
2468030000	Übergreifende Basisdienste Land SH	144,3	144,3
2469030000	Infrastruktur Rechenzentrum RZ ² für das Land SH	759,4	766,4
2470010000	Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH	3.601,3	3.408,3
2473030000	Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH	5.094,9	1.200,0
2474030000	Einführung und Betrieb WiBe 2015	122,0	123,0
2478030000	Nexus Web	30,8	129,4
2479010000	Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung	82,8	99,6
2484030000	Einführung der E-Akte im Ministerium MIB	0,3	0,0
2486030000	LAN-Management Land SH	976,0	2.037,7
2487030000	Seminar- und Schulmanagementsystem	45,7	77,2
2489030000	Programm "Polizeiliche IT-Aufgaben" (PITA)	2.087,3	6.357,3
2490030000	eDorf.SH - Modell der Staatskanzlei	55,0	0,0
2491030000	Kommunikationsplattform für Schulen und schulnahe Institutionen als Webdienst (SchulCommSy)	42,9	42,9
2492030000	Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge	688,7	129,4
2493030000	Unterstützung der BAO Betreuung von Flüchtlingen	59,1	0,0
2495030000	E-Akte Landtagsverwaltung	21,5	21,5
2496030000	KITA-Geld	277,0	198,3

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2500030000	Projekt eJustizSH	592,9	2.079,5
2501030000	BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	1.040,0	860,0
2502030000	vocario Mitarbeiteralarmsystem	252,8	252,8
2504030000	Betrieb und Pflege des Verfahrens "Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)"	236,2	236,2
2505030000	Betrieb und Pflege des Fachverfahrens iKfz	4,0	4,0
2506030000	Betrieb und Pflege einer landesweiten Kita-DB	423,0	323,0
2507030000	Betrieb und Pflege des Verfahrens MaiLand (sichere Mail über das Landesnetz)	20,0	20,0
2510030000	ePA-in-KoPers	115,7	0,0
2512030000	Community Cloudmail Services (CCMS)	292,0	994,0
2513030000	Digitale Agenda	176,0	0,0
2514030000	SAP Plant Maintenance (PM)	76,3	655,0
2515030000	Fachverfahren Landeslabor	0,0	207,0
2516030000	Kontenpflegetool	500,0	0,0
2517030000	Ressortübergreifendes Geodatenmanagement	36,5	75,1
Summe		93.954,1	103.578,7

1402 – 534 13

Seite:	8
Titel	1402 - 534 13
Zweckbestimmung	Nutzung von externen Datenbanken und externen Informationen
Haushaltsrechtlicher Sinn	Nutzung von externen Datenbanken und externen Informationen per Direktvertrag mit dem Provider oder im Internet

Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€

680,0	770,0	90,0	Anpassungen an die IT-Planungen der Ressorts	483,1	710,4
-------	-------	------	----------------------------------------------	-------	-------

Die Steigerung ist auf den Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen auf den Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland und die Bekanntmachungen (Insolvenz-bekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und sonstiger Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, Justizauktion) im Internet zurückzuführen.

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titellansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2140030000	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	188,5	169,5
2217010000	Betrieb der IT im Ministerium	2,3	2,4
2218030000	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	198,4	343,2
2220030000	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	389,5	395,4
2244010000	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landes-	2,2	2,2

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

	verfassungsgericht		
2335030000	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	15,0	15,0
2371010000	Laufender Betrieb - Landesbibliothek	2,1	2,1
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	1,3	11,3
Summe		799,3	941,1

1402 – 535 03

Seite:	8				
Titel	1402 - 535 03				
Zweckbestimmung	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Sammeltitel für Sachkosten für alle Veranstaltungen und nicht zu ordnungsfähige Ausgaben der IT				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
20,0	20,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt! Planungen sind an dieser Stelle noch zeitlich ungenau; erfahrungsgemäß finden viele geplante Veranstaltungen wie z. B. Gremienarbeit / Facharbeitsgruppensitzungen der Ressorts nicht statt.</i>	6,1	20,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2186030000	Allgemeine Planung, Koordinierung und übergreifende IT-Gremien	33,0	53,0
2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	1,5	1,5
2364030000	Behördennummer 115	15,0	10,0
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	10,0	10,0
2421030000	Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS)	0,5	0,5
2500030000	Projekt eJustizSH	10,0	25,0
2501030000	BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	0,6	0,6
Summe		70,6	100,6

1402 – 536 02

Seite:	8		
Titel	1402 - 536 02		
Zweckbestimmung	Beiträge an Vereine und Gesellschaften		
Haushaltsrechtlicher Sinn	Anteil SH an der SAP Anwendergemeinschaft der Länder (freiwilliger Zusammenschluss um die Interessen des öffentlichen Sektors bei den Entwicklungen von SAP-Programmen sicherzustellen)		

Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
1,0	1,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt</i>	0,5	0,5
Bei diesem Titel wird ausschließlich der Jahresbeitrag für die Interessenvertretung für SAP-Anwender (SAP DSAG) gezahlt. Die SAP-Anwendergruppe engagiert sich bei der Optimierung der Planungen und dem Einsatz von SAP-Systemen.					

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2170030000	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	1,0	1,0

1402 – 631 02

Seite:	8
Titel	1402 - 631 02
Zweckbestimmung	Kostenanteil des Landes an Finanzierungen von übergreifenden IT-Maßnahmen (IT-Kooperationen mit dem Bund)
Haushaltsrechtlicher Sinn	Anteil des Landes Schleswig-Holstein an IT-Verbundlösungen mit dem Bund oder Bundesbehörden

Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahres- ende in T€
490,0	554,0	64,0	<i>Anpassung an die IT-Planungen der Ressorts; im Wesentlichen ergeben sich Steigerungen in der Planung der Ausgaben für den IT-Planungsrat beim Bund.</i>	279,4	490,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2101030000	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	18,9	44,0
2136010000	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	0,0	7,0
2197030000	IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)	125,8	155,5
2211030000	Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)	0,0	0,0
2364030000	Behördennummer 115	57,0	61,0
2400030000	Geodateninfrastruktur	39,5	39,5
2422030000	KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer)	348,5	348,5
Summe		589,7	655,5

1402 – 632 06

Seite:	8				
Titel	1402 - 632 06				
Zweckbestimmung	Kostenanteil des Landes an Finanzierungen von länderübergreifenden IT-Maßnahmen (IT-Kooperationen auf Länderebene)				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Anteil des Landes Schleswig-Holstein an IT-Verbundlösungen mit anderen Bundesländern				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
3.400,0	5.300,0	1.900,0	<i>Anpassung an IT-Planungen der Ressorts; [im Wesentlichen auf Entwicklungen in der Steuerverwaltung (Programm KONSENS) zurückzuführen]</i>	306,5	3.403,9

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2110030000	EXTRAPOL	25,0	100,0
2112030000	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	4,2	11,0
2114030000	E-Post 810 bei der LaPo SH	14,7	16,7
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	52,0	332,4
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	3,0	3,0
2124030000	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	62,6	80,4
2126030000	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	15,0	15,0
2128030000	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	0,3	0,3
2145030000	xPersonenstand	21,0	21,0
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	4.590,3	5.224,6
2225030000	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	59,2	105,4
2302030000	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	7,0	7,0
2325030000	DOL-Projekt xAusländer	2,1	4,6
2350030000	xPolizei Standardisierung	0,6	15,8
2351030000	BAO - Lagen	31,5	32,5
2354030000	Waffenregister	27,9	84,3
2355030000	XKatastrophenhilfe	0,0	15,0
2390030000	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web	51,7	51,7
2400030000	Geodateninfrastruktur	21,0	22,0

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	0,0	0,0
2423030000	Korruptionsregister	100,1	36,3
2461030000	Digitales Archiv Nord	0,0	193,9
Summe		5.089,2	6.372,9

1402 – 685 04

Seite:	8				
Titel	1402 - 685 04				
Zweckbestimmung	Kostenanteil des Landes an IT-Kooperationen auf Länder- und Bundesebene (sonstige öffentliche Einrichtungen)				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Anteil des Landes Schleswig-Holstein an IT-Verbundlösungen mit öffentlichen Institutionen				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
270,0	397,0	127,0	<i>Anpassung an die IT-Planungen der Ressort [im 3. Quartal 2016 sind neue Verträge LaPo und BAFöG hinzugekommen; Mehrkosten 2016 und 2017 müssen unterjährig durch Nutzung von Deckungsfähigkeiten erwirtschaftet werden]</i>	349,4	406,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2101030000	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	295,0	295,0
2117030000	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	40,3	40,3
2162030000	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	0,0	0,0
2202030000	BAföG / BaföG 21	62,0	80,1
Summe		397,3	415,4

1402 – 711 31

Seite:	8		
Titel	1402 - 711 31		
Zweckbestimmung	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen		
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leertitel; ggf. werden hieraus Bauleistungen in Abarbeitung bei der GMSH gezahlt		
Haushaltplan / HHE 2017			

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahres- ende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel, dient haushalts- technischen Abwicklung [in 2016 fallen Kosten für die Netzanbindung der Flüchtlingsunterkünfte an; Deckung erfolgt innerhalb des Kap. 1402]</i>	516,5	845,5

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2466030000	Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH	4.558,0	3.734,0
2492030000	Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge	4.347,5	200,0
Summe		8.905,5	3.934,0

Hinweis: Planungen wurden durch das ZIT SH stark reduziert. Im Wesentlichen wird die Netzinfrastrukturerneuerung aus Kap. 1614 gezahlt. Derzeitig werden die Planungen für 2016 und 2017 überarbeitet und dann im Planungsmodul der IT angepasst.

1402 – 812 46

Seite:	8
Titel	1402 - 812 46
Zweckbestimmung	Erwerb v. Hard- und Software
Haushaltsrechtlicher Sinn	Kauf von APC, Server, SW der Ressorts

Haushaltplan / HHE 2017

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jah- resende in T€
6.800,0	6.885,5	85,5	<i>Anpassung an die IT-Planungen der Ressorts; Ausstattungs- planung für Laptops steigt.</i>	1.664,1	6.100,0

Hinweis: die Beschaffungsplanungen werden zu Beginn eines Haushaltsjahres mit dem ZIT SH abgestimmt und wegen Mehrfachplanungen der Ressorts stark reduziert. Der Sockel beträgt seit Jahren rd. 6,8 Mio. € für lfd. Hard- und Software-Beschaffungen (Ersatz und Neubeschaffungen). Kofinanzierungen erfolgen zz. aus Kapitel 1614 für Laptops im Rahmen von Mobiles Arbeiten am Arbeitsplatz (nur zusätzliche Beschaffungen)

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2102030000	Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	0,0	10,0
2104030000	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	42,0	348,0
2105030000	Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeit- Maßnahmenagements, einschließlich Zeitwirtschaft	35,7	0,0
2111030000	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	362,4	462,0
2115020000	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespoli-	1.137,2	2.171,7

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

	zei		
2116030000	InfReg	0,0	8,3
2118010000	Betrieb Bürokommunikation IM SH	149,7	81,0
2120020000	Ersatzbeschaffungen GB IM	84,8	109,1
2121030000	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	27,5	37,5
2122020000	Ersatzbeschaffungen	285,9	225,5
2126030000	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	0,0	60,0
2129030000	Digitales Rissarchiv	0,0	10,0
2137030000	Vorgangsbearbeitungssystem im Ausländerwesen Land SH	260,5	150,0
2138020000	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	32,2	0,0
2141010000	Laufender Betrieb - LV Berlin	1,3	0,0
2142020000	Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei	50,2	25,2
2164030000	E-Akte - VIS-Basis	180,0	100,0
2166030000	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)	29,8	1.150,9
2177030000	"+1" - Infrastruktur Entwicklung	25,0	25,0
2187020000	Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)	48,4	44,9
2188020000	Ersatzbeschaffung des FVA/Dez.5	2,3	12,2
2189020000	Ersatzbeschaffungen FVA - Dezernate 1 bis 4 -	127,0	35,6
2190020000	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	1.658,3	1.003,2
2209020000	Ersatzbeschaffung MWV	258,1	258,6
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT	19,2	2,1
2216020000	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium	127,9	71,8
2224030000	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	14,0	15,0
2227030000	Elektronischer Rechtsverkehr	63,8	0,0
2229030000	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)	225,2	246,9
2232020000	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen"	163,6	123,9
2233020000	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht	259,2	4,2
2234020000	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	72,9	4,3
2236020000	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	880,3	728,4
2237020000	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig	262,3	81,3
2239020000	Ersatzbeschaffung MJGI (IKO III)	64,2	69,2
2240020000	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein	161,3	22,6
2241020000	Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	6,5	36,7
2243010000	Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur	29,8	8,6
2245010000	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	0,7	2,0

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2246010000	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	104,8	29,4
2250020000	Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit	8,9	12,7
2252030000	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	0,7	0,0
2260020000	Basisinfrastruktur - Ersatzbeschaffung	106,2	72,0
2263020000	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	227,5	111,8
2275030000	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	0,0	0,0
2284020000	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	152,4	91,0
2285020000	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur	5,3	3,8
2287020000	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)	88,8	130,1
2292020000	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LLUR)	171,0	284,9
2298010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	0,0	0,0
2299010000	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	5,0	5,0
2302030000	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	0,0	10,0
2311020000	Ersatzbeschaffungen des IQSH	59,9	62,0
2324030000	Digitales Zeitsystem	74,8	48,5
2333030000	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)	0,8	55,8
2334030000	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)	24,1	51,8
2335030000	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	2,5	0,0
2337030000	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	0,0	17,0
2346030000	KT-Akkreditierungsverfahren	37,6	121,5
2357030000	Digitales Archivverfahren	30,0	30,0
2377020000	Ersatzbeschaffung - Landesarchiv	10,0	17,7
2378020000	Ersatzbeschaffung - Landesbibliothek	10,0	2,5
2380010000	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	0,0	0,0
2384020000	Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege	0,0	15,6
2386020000	Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt	14,9	6,1
2389030000	Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen	5,5	104,2
2392030000	Nexus VeLis	0,0	11,1
2396030000	Fachanwendungen Umwelt	10,0	16,0
2400030000	Geodateninfrastruktur	15,0	30,0
2403030000	Umsetzungsmaßnahme Telefon-ZIAS	62,0	45,0
2410010000	Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)	11,1	14,3
2411030000	Telekommunikation Katastrophenschutz	0,0	26,0
2414030000	Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)	5,2	0,0
2417020000	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)	44,7	40,2
2419010000	Grundversorgung ZIT SH	17,0	21,3
2425010000	Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften	8,8	38,2
2429030000	Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH	110,9	110,9
2432020000	Neu- und Ergänzungsbeschaffungen von HW / SW im Bereich der LaPo	170,6	221,2

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

2436030000	Videokonferenzsysteme	0,0	40,0
2438030000	W-LAN Infrastruktur Land SH	100,0	105,0
2461030000	Digitales Archiv Nord	0,0	30,0
2485030000	Cybercrime	12,5	1,5
2486030000	LAN-Management Land SH	250,0	450,0
2487030000	Seminar- und Schulmanagementsystem	11,3	155,7
2492030000	Erstufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge	17,3	4,5
2493030000	Unterstützung der BAO Betreuung von Flüchtlingen	3,5	0,0
2495030000	E-Akte Landtagsverwaltung	4,2	0,0
2500030000	Projekt eJustizSH	181,8	347,8
2502030000	vocario Mitarbeiteralarmsystem	76,5	0,0
Summe		9.402,3	10.737,8

1402 – 919 02

Seite:	8
Titel	1402 - 919 02
Zweckbestimmung	Zuführung an die Rücklagen IT
Haushaltsrechtlicher Sinn	falls Rücklagen zum Jahresende gebucht werden dürfen, erfolgt hier die Buchung in Verrechnung auf den Sondereinzelplan 73

1402 – 533 02 (MG 01)

Seite:	9
Titel	1402 - 533 02 (MG 01)
Zweckbestimmung	Zentrale IT Support Services (DL bei Dataport)
Haushaltsrechtlicher Sinn	Global Titel für alle Ausgaben zu +1 Services; veranschlagt sind die Ausgaben für die Verlagerung von operativen IT-Aufgaben auf Dataport. Ziel ist die Optimierung des IT-Betriebes in der Landesverwaltung SH.

Haushaltplan / HHE 2017

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahres- ende in T€
1.500,0	1.500,0	0,0	Ansatz wurde überrollt	59,4	120,0

Der in 2015 verfolgte Ansatz zur Konzeptentwicklung und Pilotierung eines standardisierten Support- und Betriebsmodells für IT-Arbeitsplätze hat sich als Gesamtmaßnahme für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung als nicht wirtschaftlich erwiesen. Das Projekt wurde abgebrochen. Ein Nachfolgeprojekt wurde mit einem geänderten Vorgehensmodell gestartet.

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2434030000	Aufbau und Betrieb einer zentralen IT-Support Service Infrastruktur bei Dataport	417,0	6.300,0

1402 – 535 01 (MG 01)

Seite:	9				
Titel	1402 - 535 04 (MG 01)				
Zweckbestimmung	Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und sonstige Sachkosten				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leertitel; deckungsfähig mit 533 02; alle Ausgaben zu +1 Services im Rahmen von Veranstaltungen und Arbeitsgruppen (einschl. Verzehr bei Beteiligung von Externen)				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel, dient der haushaltstechnischen Abwicklung</i>	0,0	0,0

1402 – 812 01 (MG 01)

Seite:	9				
Titel	1402 - 812 01 (MG 01)				
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leertitel; deckungsfähig mit 533 02; alle Ausgaben zu +1 Services die eine Beschaffung von HW/SW erfordern; Beispiel: größere Monitore für die Ressorts als zentrale Leistung des ZIT SH für alle Ressorts				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel, dient der haushaltstechnischen Abwicklung</i>	0,0	0,0

1402 – 511 01 (MG 02)

Seite:	9				
Titel	1402 - 511 01 (MG 02)				
Zweckbestimmung	Telefongebühren				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Telefongebühren an die Telekom gem. Vertragslage im Sprachnetz				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
1.100,0	1.100,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt</i>	770,8	1.100,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2147030000	Telefoniedienste SH	1.149,5	1.152,0

1402 – 511 02 (MG 02)

Seite:	9				
Titel	1402 - 511 02 (MG 02)				
Zweckbestimmung	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Risikoposten; Kleinmaterial und sonstige Aufträge z. B. an die GMSH oder die Telekom für Arbeiten am Sprachnetz; Ausgaben nach Bedarf und Reparaturanfall; deckungsfähig innerhalb der MG 02				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
50,0	60,0	10,0	<i>Anpassung an Ressortplanungen</i>	41,1	58,5

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2147030000	Telefoniedienste SH	65,0	65,0

1402 – 518 02 (MG 02)

Seite:	9				
Titel	1402 - 518 02 (MG 02)				
Zweckbestimmung	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Miete für das Sprachnetz einschl. Telefonanlagen und Leitungen gem. Vertragslage Telekom oder anderen Kommunikationsdienstleistern				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
14.000,0	14.500,0	500,0	<i>Planungen haben sich geändert; der Anschluss weiterer Liegenschaften (Schulen / Ausländer) in 2016 führt zu Mehrkosten</i>	11.210,2	15.300,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb (Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelansatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2147030000	Telefoniedienste SH	15.300,0	15.450,0

1402 – 711 01 (MG 02)

Seite:	9				
Titel	1402 - 711 01 (MG 02)				
Zweckbestimmung	Beschaffung von Kleinanlagen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Risikovorsorge; Beschaffung von Telefonanlagen über die GMSH; nur im Bedarfsfall (Beispiel Landtagsverwaltung)				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
1,0	1,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt!</i>	0,3	1,0

1402 – 511 03 (MG 03)

Seite:	10				
Titel	1402 - 511 03 (MG 03)				
Zweckbestimmung	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Risikoposten; Kleinmaterial und sonstige Aufträge z. B. an die GMSH oder die Telekom pp.; Ausgaben nach Bedarf und Reparaturanfall; deckungsfähig innerhalb der MG 03				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
15,0	15,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt</i>	8,2	15,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2154030000	Datennetz SH (Landesnetz)	20,0	20,0

1402 – 533 03 (MG 03)

Seite:	10				
Titel	1402 - 533 03 (MG 03)				
Zweckbestimmung	Leistungsentgelte an Dataport				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leistungsentgelte an Dataport für die Administration der Datennetze im LNB und LNV+				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€

8.660,0	8.660,0	0,0	<i>Ansatz wurde überrollt; in 2016 wurden Planungen gestrichen bzw. auf 2017 verschoben</i>	4.866,2	8.660,0
---------	---------	-----	---------------------------------------------------------------------------------------------	---------	---------

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
2154030000	Datennetz SH (Landesnetz)	3.312,0	2.862,0
2340030000	Landesnetz V+	9.700,0	6.200,0
Summe		13.012,0	9.062,0

1402 – 533 04 (MG 03)

Seite:	10
Titel	1402 - 533 04 (MG 03)
Zweckbestimmung	Leistungsentgelte an die TELEKOM
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leistungsentgelte an die TELEKOM für die Bereitstellung und den Betrieb der Datennetze im LNB und LNV+ gem. Vertragslage

Haushaltplan / HHE 2017

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/(-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
11.936,0	10.000,0	-1.936,0	<i>Ansatz wurde reduziert als Anpassung an den erwarteten Finanzbedarf in 2017; Flüchtlinge und Schulen führen jedoch zu einer erhöhten Auftragslage in 2016 und führen in 2017 zu Mehrausgaben die nunmehr im Rahmen von Deckungsfähigkeiten erwirtschaftet werden müssen.</i>	7.293,9	10.936,0

Wesentliche Maßnahmen der Ressorts in diesem Titel gem. Planung im ITWeb

(Planung entspricht nicht dem verfügbaren Titelanatz! Steuerung d. ZIT SH im Vollzug 2017 erforderlich.)

Kapitel	Titel	Maßnahme	Bezeichnung	2016 (T€)	2017 (T€)
1402	1402 53304	2154030000	Datennetz SH (Landesnetz)	10.584,0	10.584,0

1402 – 537 03 (MG 03)

Seite:	10
Titel	1402 - 537 03 (MG 03)
Zweckbestimmung	Kosten der Fortentwicklung der Konzeption Landesnetz
Haushaltsrechtlicher Sinn	Beratungskosten durch Dienstleister z. B. Dataport

Haushaltplan / HHE 2017

IT-Gesamtplan 2016 / 2017

Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel, dient der haus- haltstechnischen Abwick- lung</i>	0,0	0,0

1402 – 812 02 (MG 03)

Seite:	10				
Titel	1402 - 812 02 (MG 03)				
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				
Haushaltsrechtlicher Sinn	Leertitel, ggf. können hier HW/SW für das Landesnetz gekauft werden; deckungsfähig innerhalb der MG 03				
Haushaltplan / HHE 2017					
Ansatz 2016 in T€	Ansatz 2017 in T€	Mehr/ (-)Minder in T€	Begründung	Lfd. Ist Stand: 05.10.2016 in T€	Erwartetes Ist zum Jahresende in T€
0,0	0,0	0,0	<i>Leertitel; dient der haushaltstechnischen Abwicklung</i>	0,0	0,0

V Anlage

10. Hardwarebestände der Ressorts

Hardwarebestand 2007 bis 2015

Art	31.12.2007	31.12.2009	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015
Server	1.109	1.240	1.207	1.377	1.208	1.208	1.020
APC	23.312	22.340	22.547	23.531	23.452	23.452	20.921
Notebook	2.834	3.060	3.453	3.983	4.302	4.302	4.069
Drucker	19.199	19.180	18.861	20.049	20.142	20.142	18.191
Monitore	24.125	21.857	21.954	26.494	27.272	27.272	28.218

Hardwarebestand der Ressorts 31.12.2015

Art	StK	MIB	FM	MWAVT	MSB	MJKE	MSGWG	MELUR	Gesamt 2017
Server ¹	20	366	251 (2)	5 (16)	21	189	77	91	1.020
APC	170	6.667	4.937	240	456	5.792	775	1.884	20.921
Notebook	180	1.158	1.408	83	244	412	113	471	4.069
Drucker	202	5.089	4.946	232	403	5.409	660	1.250	18.191
Monitore	300	8.472	8.312	347	536	6.974	706	2.571	28.218

¹ Exklusive virtueller Server